

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M. im Voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pf. Postskonto- und 72 Pf. Postbefreiungsbühren. Auslandabonnentent 6.— M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Postzuschuss 5.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilage „Wort und Welt“, Ferner „Frauenstimme“, „Technik“, „Bild in die Bäckerei“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stahlbeilage“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Dienstag  
16. Juni 1931  
Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einspalt. Kongressliste 80 Pf. Restausgabe 2.— M. „Kleine Wochensagen“ das festgedruckte Wort 25 Pf. (einspaltig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pf. Rabatt 1/2 Tarif. Stellungsliste das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsbüro bis 17 Uhr, wochentags von 8 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Print-Dr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, D. B. u. Disk.-Ges., Depositenk., Jerusalemer Str. 65/66.

## Die Gewerkschaften bei Brüning.

### Vorläufig keine Einigung mit dem Kanzler.

Der Reichskanzler empfing am Montagmittag die Gewerkschaftsführer aller Richtungen zu einer Aussprache über den Inhalt der Notverordnung. Die Vertreter der freien Gewerkschaften erklärten zum Schluß der Besprechungen, daß sie auf einer sofortigen Aenderung der wichtigsten Bestimmungen der Notverordnung über die Arbeitslosenversicherung bestehen müßten.

Im Verlauf der Sitzung hob der Vorsitzende des ADGB, Leipart die Punkte der Notverordnung hervor, die für die Gewerkschaften unerträglich sind. Er wies ferner darauf hin, daß, wenn die für die Reparations- und Finanzverhandlungen notwendige Ruhe und Ordnung im Lande gewährleistet sein sollte, noch vor dem 1. Juli die schlimmsten Bestimmungen der Notverordnung, insbesondere der Abbau der Unterstützungsfähigkeit, die Regelung für Saisonarbeiter und der Ausschluß der Jugendlichen geändert werden müßten. — Die Vertreter der Angestelltenorganisationen wiesen auf die besondere Belastung hin, die den Angestellten durch einzelne Bestimmungen der Notverordnung erwachsen. Die Vertreter aller Gewerkschaften protestierten ferner nachdrücklich gegen die vielen Schikanen in der Notverordnung, die mit einer Regelung der Finanzverhältnisse nicht das geringste zu tun haben. Es wurde auch darauf aufmerksam gemacht, daß es die Regierung in der Hand habe, ohne daß der Finanzplan in seinen Grundlagen angefaßt wird, die Jugendlichen wieder in die Arbeitslosenversicherung einzubeziehen und die Unterstützungsfähigkeit auf alter Höhe zu belassen!

Von allen Seiten wurde außerdem der neue Einbruch in das Tarifrecht als unerträglich zurückgewiesen. Die Gewerkschaften erklärten nicht in der Lage zu sein, die sozial ungerechte Staffelung der Krisensteuer ihren Mitgliedern gegenüber zu vertreten. Sie gaben nochmals ihre Bereitwilligkeit zu erkennen, Opfer zu bringen, aber wiesen auch mit Nachdruck darauf hin, daß der Weg der Notverordnung nur zu einer Verschlechterung der Finanzlage, zu inneren Unruhen und zur Gefährdung der Reparationsverhandlungen führen müsse.

Der Reichskanzler, der Reichsarbeits- und der Reichsfinanzminister erklärten in mehrstündigen Darlegungen, daß es unmöglich sei, im gegenwärtigen Augenblick irgend etwas an der Notverordnung zu ändern. Trotz aller unsozialen Maßnahmen müsse der Weg der Notverordnung gegangen werden, um über die nächsten Wochen hinwegzukommen, das Vertrauen der Kreditgeber der deutschen Wirtschaft wiederherzustellen und die Kassenschwierigkeiten des Reiches zu überwinden. Jede Diskussion über eine Abänderung der Notverordnung, die nicht nur von den Gewerkschaften, sondern auch von den Unternehmern gefordert würde, müsse auf den Zeitpunkt vertagt werden, in dem die Reparationsverhandlungen zu einem positiven Ergebnis geführt hätten.

Trotz dieser Darlegungen der Minister glaubten die Vertreter der freien Gewerkschaften von ihrem Protest gegen die Notverordnung nichts zurücknehmen zu können. Gerade um des Staates willen, um zu einer Beruhigung der Wirtschaft und Entspannung der politischen Lage zu kommen, müßten die Gewerkschaften nach wie vor darauf bestehen, daß die Notverordnung in den wichtigsten Bestimmungen über die Arbeitslosenversicherung und Krisensteuer sofort geändert werde.

### Weitere Verhandlungen.

Der Reichskanzler führte den ganzen Montag über in Gegenwart mehrerer Kabinettsmitglieder Besprechungen zur Klärung der politischen Lage. Es wurde jedoch weder eine Entspannung noch Klärung der Situation erzielt.

Im Verlauf der Besprechungen mit den Sozialdemokraten, an denen auch der preussische Ministerpräsident, der Reichstagspräsident, der preussische Minister des Innern und der Reichsbankpräsident teilnahmen, erklärte der Reichskanzler, in Übereinstimmung mit dem Gesamtkabinet, daß im Augenblick an der Notverordnung und möglichen Aenderungen vorgenommen werden könnten und daß die Reichsregierung gegen die Einberufung des Reichstags und die des Hauptausschusses sei. Die Regierung sei jedoch zu Verhandlungen mit dem Ziel der Abänderung der Notverordnung bereit, deren Verabschiedung auf gesetzlichem Wege aber nicht vor dem Zusammentritt des Reichstags im Oktober erfolgen dürfe. Wesentliche Teile der Notverordnung dürften nicht angefaßt

werden. Im Anschluß an die Erklärungen des Reichskanzlers gab Reichsbankpräsident Dr. Luther einen sehr düsteren Bericht über die Devisenlage der Reichsbank.

Die Vertreter der Sozialdemokratie erwiderten auf die Ausführungen des Reichskanzlers und des Reichsbankpräsidenten, daß die Ablehnung jeder sofortigen Aenderung der Notverordnung eine wesentlich größere Beunruhigung schaffen könne als sie die Einberufung des Reichstags oder des Hauptausschusses zur Folge haben würde. Insofern erreichte die Regierung mit ihrer Haltung das Gegenteil von dem was sie erstrebe: eine Verschärfung der politischen und wirtschaftlichen Lage.

Der Reichskanzler betonte zum Schluß der anderthalbstündigen Besprechung, daß er einen Beschluß auf Einberufung des Reichstags mit der Demission beantworten würde. Gegen die Einberufung des Hauptausschusses äußerte er ebenso starke Bedenken wie gegen den Zusammentritt des Reichstags.

Im Anschluß an die Besprechungen beim Reichskanzler trat der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der nachmittags bereits mehrere Stunden getagt hatte, sofort wieder zusammen.

In den Verhandlungen des Reichskanzlers mit den hinter der Regierung stehenden Parteien nahmen außer dem Reichskanzler und dem Reichsbankpräsidenten auch der preussische Ministerpräsident, der Reichstagspräsident und der preussische Innenminister das Wort. Das Zentrum und der christliche Volksdienst sprachen sich gegen die Einberufung des Reichstags aus, während die Vertreter der Wirtschaftspartei und Herr Dingeldey von der Volkspartei die Erklärungen der Regierung ohne Gegenüberung zur Kenntnis nahmen. Die Fraktionen der Wirtschaftspartei und der Volkspartei treten am Dienstag wieder zusammen. Die Montagssitzung der volksparteilichen Fraktion wurde nach kurzer Dauer ohne Ergebnis vertagt.

Am Montagabend gegen 19.30 Uhr empfing der Reichskanzler noch die Deutschnationalen und dann die Nationalsozialisten zur Information über die politische und wirtschaftliche Lage. Die Kommunisten wurden nicht gehört.

### Die Hugenberg verlangen Rücktritt.

#### Sie wollen selbst die Regierung bilden.

Ueber die Sitzung der Deutschnationalen wird folgende geschwollene Erklärung herausgegeben:

„Die deutschnationale Volkspartei verlangt die Einberufung des Reichstags. Die Ablehnung dieses Antrags ist ein ausdrückliches Bekenntnis zur Mitschuld an der gegenwärtigen schweren deutschen Krise. Die Reichstagsfraktion verlangt die Aufhebung der beiden Notverordnungen vom 28. März und 5. Juni 1931. Die eine Notverordnung soll die Entreibung der unmöglichen Tributlast sichern, die andere wird zur Unterdrückung der berechtigten nationalen Erregung mißbraucht, wie die empörende Verurteilung des deutschnationalen Abgeordneten Dr. Kleiner zu einer dreimonatigen Gefängnisstrafe zeigt. Der vom Reichsfinanzminister angeführte Plan des Kabinetts, von dem Mittel des Young-Koratoriums Gebrauch zu machen, wäre der verkehrteste Wege zur Lösung der alles überschattenden Tributfrage. Das wahrscheinliche Ergebnis wäre eine neue auswärtige Anleihe und damit eine neue Fessel und neues Gift für unsere Wirtschaft. Daß die bisherige Außen- und Wirtschaftspolitik den Ruin der Wirtschaft und eine Gefährdung der Währung herbeiführen müssen, hat der Ablauf der letzten Ereignisse jedem klar vor Augen geführt. Die letzte Diskontenerhöhung durch die Reichsbank wird das furchtbare Elend der Arbeitslosigkeit noch vermehren. Alle Vorschläge und Vorstöße der Deutschnationalen Volkspartei wollen demgegenüber dieses Elend mildern und dem deutschen Volke Freiheit und Lebensraum zurückerkämpfen. Es wäre ein Mißbrauch des Wortes „Burgfrieden“, wenn jetzt die Vertreter eines gescheiterten Systems das Wort als Grundlage für den Versuch einer Abwendung des politischen Gerichts benutzen wollten, das ihnen bevorsteht. Der Ernst des deutschen Willens zur Aufgabe der Erfüllungspolitik kann dem Auslande nur dann zu Bewußtsein gebracht werden, wenn die am Young-Plan Schuldigen vor der Inangriffnahme der Revisionspolitik von der Verantwortung ausgeschlossen sind und der Einfluß des Marxismus im Reich und in Preußen gebrochen ist. Eine einfache Auswechslung von Persönlichkeiten kann nicht als Kurswechsel angesehen werden. Nur der Rücktritt der jetzigen Reichsregierung, Neuwahlen in Preußen und die Uebernahme der Verantwortung durch die Rechte kann Deutschland retten.“

Endgültige Ziffern für das Stahlhelm-Volksbegehren. Die Bundesführer des Stahlhelm ließen heute das Gesamtergebnis des Eintragungsvorgangs dem preussischen Landeswahlleiter übergeben. Nach den von dem Beauftragten des Stahlhelm eingesammelten und von den Gemeindebehörden bestätigten Ziffern der gültigen Eintragungen beträgt die Gesamtsumme 6031310 Stimmen.

## Entscheidungstag!

### Der Reichstag und die Notverordnung.

Heute tritt der Aeltestenrat noch einmal zusammen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tagt noch zuvor, und zwar ab 9 Uhr morgens. Es geht um die Notverordnung.

Die Notverordnung ist ein Beweis gegen die Diktatur. Sie zeigt, was dabei herauskommt, wenn eine Regierung unter Ausschaltung des Parlaments mit Hilfe einer welfremden Bürokratie Gesetze fabriziert. Von einem ganz waschechten Diktaturprodukt unterscheidet sich die Notverordnung nur dadurch, daß Kritik an ihr erlaubt ist und daß eine gewisse Einwirkungsmöglichkeit der Parteien immer noch besteht. Bekämen wir einmal eine waschechte Diktatur, eine nationalistische oder eine bolschewistische, so würden ihre Dekrete noch viel schöner sein — aber man müßte zu ihnen das Maul halten.

Die Notverordnung ist also ein ganz klarer Beweis gegen die Diktatur und für die Befreiung durch die Volksvertretung. Aber leider, das Volk hat am 14. September vergangenen Jahres einen Reichstag gewählt, der keine Gesetze machen kann. Wäre er anders, dann könnte die Frage der Einberufung des Reichstags überhaupt gar keine Frage sein. Dann müßte die Sozialdemokratie selbstverständlich die Einberufung des Reichstags verlangen, selbstverständlich die Aufhebung der Notverordnung beantragen und an der Ersetzung der Notverordnung durch ein ordnungsmäßiges Reichsgesetz mitwirken.

Alle Parteien sind darin einig, die Notverordnung in einzelnen Teilen oder im ganzen unerträglich zu finden. Alle Parteien wissen, daß es nicht genügt, die Notverordnung aufzuheben, sondern daß ein Ersatz für sie geschaffen werden muß, wenn nicht ein Staatsbankrott mit all seinen verheerenden Wirkungen für Beamte, Arbeiter, Angestellte, ja für alle Staatsbürger die Folge sein soll. Aber leider — die Bildung einer Mehrheit, die die Notverordnung durch etwas Besseres ersetzt, ist einstweilen nicht sichtbar.

Für die Bildung einer solchen Mehrheit — die allein wirklich gegen die Notverordnung etwas ausrichten kann — kommen Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationale nicht in Betracht. Denn diese Parteien wollen den Reichstag nicht, um praktisch zu arbeiten, sie wollen ihn nur, um Spektakel und Skandal zu machen. Durch Spektakel und Skandal hoffen die von rechts zur Macht kommen zu können — und die von links tun so, als hofften sie das auch.

Rechtsradikale und Kommunisten wollen, daß die Sozialdemokraten mit ihnen die Aufhebung der Notverordnung beschließen, sie wollen aber durchaus nicht die Notverordnung durch etwas Besseres ersetzen, sie wollen durchaus nicht den Staatsbankrott verhindern. Sie wollen nicht den normalen Gang der Gesetzgebungsmaschine, sondern sie wollen selber diktatorisch mit Notverordnungen regieren. Und wer von ihnen an die Macht kommen soll, das soll auch wieder nicht nach demokratischer Methode durch den Willen des Volkes, sondern durch den Bürgerkrieg entschieden werden.

Die Sozialdemokratie kann — wenn alle Wege versperrt werden — schließlich dazu kommen, mit den Rechtsradikalen und den Kommunisten für die Aufhebung der Notverordnung zu stimmen. Sie muß aber jetzt schon sagen, daß sie nicht den Staatsbankrott und nicht den Bürgerkrieg will, sondern daß sie geeignete Maßnahmen sucht, um eine solche Katastrophe dem arbeitenden Volke fernzuhalten. Dazu ist sie allein mit ihren 143 Abgeordneten, die rund ein Viertel des ganzen Reichstags bilden, nicht stark genug. Wo ist die Mehrheit, die die Notverordnung durch etwas Besseres ersetzt? Oder wo ist die Regierung, die der Stimme der Arbeiter aller Richtungen Gehör schenkt und die mitgliedliche und unerträgliche Verordnung verbessert und einigermaßen erträglich gestaltet?

Für die Sozialdemokratie muß es darauf ankommen, die Notverordnung oder wenigstens ihre schlimmsten Bestimmungen wegzubringen, ohne etwas noch Schlimmeres an ihre Stelle treten zu lassen. Ob dieses Ziel in Beratungen des Reichstags oder in Ausschüßberatungen oder in direkten Verhandlungen mit der Regierung erreicht wird, ist verhältnismäßig gleichgültig. Wenn aber die Regierung sich nicht entschließen kann, in direkten Verhandlungen sofort wesentliche Aenderungen zuzugestehen, dann drängt sich der Gedanke, die ganze Materie zunächst mal im Hauptausschuß durchzusprechen, von selber auf. Im Hauptausschuß ist ja erfahrungsgemäß immer noch eine gewisse Sachlichkeit der Beratungen zu erzielen, die dem Reichstagsplenum unter dem Einfluß der Radikaldemokratie verloren gegangen ist.

Eine Erörterung im Ausschüß wäre eine Wiederannäherung.



...rung an die demokratische Methode. Sie gäbe auch die Mög-lichkeit, genauer zu untersuchen, was an der Rotverordnung objektive Notwendigkeit und was an ihr gewollte Sozialreaktion ist. Regierung und Reichstag sollen dem Staat aus der Not helfen und ihm geben, was er zum Leben braucht, aber sie sollen nicht jenen ins Garn gehen, die die Not des Volkes mißbrauchen wollen, um ihre Herrenwünsche zur Geltung zu bringen.

Die Schwerindustrielle Volkspartei hat gestern die Kage aus dem Saal gelassen, indem sie zu erkennen gab, daß sie auf die Herausnahme der Jugendlichen aus der Arbeitslosenversicherung zu verzichten bereit sei, wenn ihr als Gegenleistung die Beseitigung des Schlichtungswesens zugestanden würde. Man darf wohl aussprechen, daß selten noch ein schimpflicherer Handel mit plumperen Mitteln eingeleitet worden ist. Das einzig Dankenswerte an dem volksparteilichen Vorstoß ist, daß er ganz deutlich zeigt, wie die Sozialreaktion die gegenwärtige furchtbare Wirtschaftslage mißbraucht, um ihre volksfeindlichen Absichten zu fördern.

Die Rotverordnung kann nicht bleiben wie sie ist, sie muß geändert werden! Sie darf aber auch nicht eingetauscht werden weder gegen den Staatsbankrott und den Bürgerkrieg, noch — wie die Volkspartei möchte — gegen die Zertrümmerung des Tarifwesens und die Sentung des deutschen Arbeiterhaushalts unter den Stand des polnischen!

Die Sozialdemokratie will den wirksamen Kampf gegen den sozialreaktionären Inhalt der Rotverordnung, für die Erhaltung der sozialpolitischen Errungenschaften.

Wer hilft ihr dabei? Niemand! Aber diejenigen, die ihr dabei nicht nur nicht helfen sondern nur Skandal machen und quertreiben, wagen noch, verleumderische Anklagen gegen sie zu erheben!

Die Sozialdemokratie wird den Weg gehen, den sie im Interesse der Arbeiterklasse zu gehen für notwendig hält. Mit den rechtsradikalen und kommunistischen Heuchlern und Verleumdern aber wird sie fertig werden, wie sie bisher mit ihnen noch immer fertig geworden ist!

## Hauptverhandlung gegen Franzen.

Termin am 27. Juni.

In dem Strafverfahren gegen den braunschweigischen Staatsminister Dr. Franzen wegen Begünstigung ist nunmehr Termin zur Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte auf den 27. Juni 10½ Uhr vormittags anberaumt. Dr. Franzen wird von R.-A. Dr. Sak-Berlin verteidigt.

## Rechtssprechung in Schlesien.

„Der margistich verseuchte Staat.“

Oppeln, 15. Juni (Eigenbericht).

Das Schöffengericht in Ratibor hat im Hauptverhandlungstermin den angeklagten Kriminalassistenten Albin Faber von der Anklage eines Vergehens gegen das Republikshulgesetz freigesprochen, trotzdem der Vertreter der Staatsanwaltschaft unter Verjagung mildernder Umstände eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten beantragt hatte. Faber war vorgeworfen worden, daß er in einer nationalsozialistischen Versammlung gesagt habe, er habe in Oberschlesien festgestellt, „wie das Deutschtum dort von dem margistich verseuchten Staat bekämpft“ werde. Das Gericht hat zwar angenommen, daß Faber diese Redewendung gebraucht habe, in seinem Urteil behauptet es jedoch, es habe nicht festgestellt werden können, daß Faber mit dem Ausdruck „margistich verseuchter Staat“ die deutsche Republik oder die Reichsregierung habe bezeichnen wollen. Das Gericht läßt vielmehr die Möglichkeit offen, daß Faber mit dem Wort „Staat“ nur die Regierung in Oppeln oder das dortige Polizeipräsidium gemeint habe.

Dieses Urteil ist völlig unverständlich. In jener nationalsozialistischen Versammlung, die wegen ihres unfriedlichen Charakters hatte aufgelöst werden müssen, waren die einzigen Redner zwei suspendierte Beamte, ein Lehrer und der Kriminalassistent Faber. Beide ergingen sich in wüsten Schmähungen gegen ihre Vorgesetzten und die heutigen staatlichen Verhältnisse. Die Absicht, die Deutsche Republik verächtlich zu machen, war den Zuhörern nicht einen Augenblick zweifelhaft. Das Gericht aber läßt sich auf Konstruktionen ein, die ungefähr auf demselben Niveau liegen, wie jenes Urteil, das seinerzeit einen Unterschied zwischen den Farben des Reichs und den Farben des Reichsbanners gemacht hat und einen Angeklagten freisprach, weil er mit seiner Beschimpfung nur die Farben des Reichsbanners, nicht aber die Farben des Reiches gemeint habe!

Durch das energische Vorgehen der preussischen Staatsregierung ist zwar gesichert, daß die beiden nationalsozialistischen Redner im förmlichen Disziplinarverfahren aus dem Dienste entfernt werden, aber es muß doch auch erwartet werden, daß die zuständige Staatsanwaltschaft Berufung einlegt, damit dieses obererschlesische Fehlurteil in der Berufungsverhandlung korrigiert werden kann.

## Die milden Richter von Liegnitz.

Wie nachsichtige Richter die hakenkreuzerischen Schimpfballade zumeilen finden, zeigten wieder einmal zwei Verhandlungen vor dem Schöffengericht in Liegnitz. Im ersten Falle handelte es sich um den Nazipanderredner Joseph Heutschoven, jetzt Bezirksleiter der NSDAP. in Breslau. Er hatte am 25. Juli 1930 den sozialdemokratischen Landrat Seibold in einer öffentlichen Versammlung beleidigt und verleumdet, indem er mit höhnischer Gestik dessen Namen in „Saubold“ verdröhnte und von ihm behauptete, er habe 50 000 M. Staatsgelder in aussichtslosen Prozessen verpulvert. Heutschoven bestritt dreist, in jener Versammlung aufgetreten zu sein, konnte aber durch Polizeibeamte überführt werden. Er hatte schon am Vortage in Sprottau in gleicher Weise Seibold beleidigt und war deshalb vom Schöffengericht in Sagan zu 90 M. Geldstrafe (!) verurteilt worden. Bei der Schimpferei in Sauer glaubte das Gericht sogar mit 60 M. Geldstrafe auszukommen!

Ebenso milde wurde der Redakteur der Landvolkzeitung „Die schwarze Fahne“ angefaßt, der am 29. Januar in seinem Blättchen den Gemeindevorsteher Scholz aus Giersdorf (Kreis Löwenberg) schwer angegriffen hatte. Scholz hatte auf Gemeindebeschluss bei dem Nazimann Hermann Müller wegen rückständiger Steuern pfänden lassen. In dem Artikel wurde Scholz mit Ausdrücken wie „einer der intensiven Systemdiener“ und „ein um seine Diäten besorgter Mann“, „eigenartiger Gemeindeführer“ und dergl. bedacht. Zum Schluss hieß es, man wolle nicht sagen, daß Scholz ein Schwein sei! Auch gegen solche Rüpelereien hielt das Gericht es für nötig, mit einer Geldstrafe von sage und schreibe 60 M. vorzugehen. Andere Leute sind der Meinung, daß das gerade eine Prämie für einen Schimpfreford bedeutet.

# Raiffeisen-Uralzew.

## Von schwebenden und kommenden Prozessen.

In einer kleinen Anfrage an den preussischen Justizminister hatte vor einiger Zeit Genosse Kuttner um Auskunft darüber erlucht, warum trotz der vom Raiffeisen-Untersuchungsausschuß festgestellten offensichtlichen Betrügereien des Russen Uralzew das Strafverfahren gegen diesen nicht in Gang komme. Bekanntlich gehen die Schwindelbeisen des Uralzew, der mit wohlwollender Unterstützung der deutsch-nationalen Direktoren die Raiffeisenbank um etwa 20 Millionen Mark schädigte, auf das Jahr 1925 zurück.

In der jetzt vom Justizminister erteilten Antwort wird mitgeteilt, daß die Staatsanwaltschaft gegen Uralzew wegen Betruges und gemeinsüchtiger Urkundenfälschung Anklage erhoben hat. Bei dem Landgericht I Berlin schwebt gegen Uralzew außerdem eine gerichtliche Voruntersuchung. Die Dauer des Verfahrens, so führt das Justizministerium aus, erkläre sich aus der besonderen Schwierigkeit und dem Umfang der mit dem Raiffeisenstand zusammenhängenden Strafsachen.

Bei der Barmat-Affäre verging bis zur Erhebung der Anklage knapp ein Jahr. Aber damals hat die Rechtsprelle über Verschleppung gezelet und die Dauer des Verfahrens als Beweis für „Gefesselte Justiz“ herangeholt. Immerhin ist in der Barmat-Sache das rechtskräftige Urteil vor vier-einhalb Jahren ergangen, während es im Falle Uralzew, in dem

### deutsch-nationale Führer kompromittiert

sind, bis jetzt noch nicht einmal zur Eröffnung des Hauptverfahrens gekommen ist! Wenn man boshaft wäre, könnte man fragen, welche deutsch-nationalen Politiker denn hier im Interesse ihrer kompromittierten deutsch-nationalen Reichstags- und Landtags-abgeordneten die Justiz gefesselt hätten?!

Mittlerweile läuft in Dresden seit Anfang Juni ein säch-sischer Uralzew-Prozess, dessen Ursachen bezeichnerweise lange nach der Raiffeisen-Affäre, ja sogar nach dem Untersuchungsausschuß liegen, der den Uralzew-Schwindel vor aller Öffentlichkeit entlarfte. So toll es klingt:

Die öffentliche Entlarvung des Uralzew die Handhabe zu neuen Betrügereien.

Bernünftigerweise sollte man glauben, daß nach den ungeheuerlichen Dingen, die der Untersuchungsausschuß über die Person Uralzew enthüllt hat, kein Mensch diesem auch nur noch 10 M. geborgt haben würde. Aber umgekehrt! Uralzew fand einen Dresdener Fabrikanten, einen Zahnarzt und andere Leichtgläubige, die ihm 90 000 M. und mehr auf seine Behauptung vorstreckten, daß die Sozialdemo-kratie ihm für sein belastendes Material gegen die Raiffeisen-Direktoren 700 000 M. (!!!) angeboten habe. Er berief sich dabei auf die Genossen Severing, Orzesinski und Scheidemann. In Wirklichkeit haben Severing und Orzesinski auf Anbiede-rungsveruche des Uralzew mit schärfster Abweisung. Scheidemann überhaupt nicht geantwortet. Der mitangeklagte Rechtsanwalt Steinmeyer in Kassel sollte, weil er einige Jahre Mitglied der Sozialdemokratischen Partei gewesen war, der angebliche Verbindungs-mann zu den genannten Führern sein. Steinmeyer hat eine solche Verbindung weder hergestellt noch herstellen können. Er hat sich zu der traurigen Rolle des Mitheifers beim Betrüge offenbar bewegen lassen, weil er sich seinerseits reslos in den Händen eines Expreßers, des Mitangeklagten Bedent befand.

Bedent, der sich als Nationalsozialist bezeichnet, ist offenbar eine menschliche Hyäne, wie man sie kaum in Romanen für möglich hält. Er verleitet Menschen zunächst zu kleinen Un-

fortsetzungen und erpreßt sie dann in der rücksichtslosesten Weise. Sein erstes Opfer war ein Reichwehrangefesselter, der

unter dem Druck Bedents 130 000 M. Dienstgelder für diesen unterzogen

hat. Als Strafgefangener in Kassel mußte Bedent den Straf-anstaltslehrer der Anstalt, den jetzt vom Dienste sus-pendierten Djiek an sich so gefügig zu machen, daß Djiek an den Bedent, während dieser dem Strafpolizist sich entzog, in seiner Wohnung beherbergte. Djiek stellte dann dem Bedent einen glänzenden Empfehlungsbrief an den Rechtsanwalt Steinmeyer aus, der daraufhin mit Bedent in Verbindung trat und sein nächstes Opfer wurde.

Als der Schwindel mit den Sozialdemokraten nicht mehr zog, erfand Uralzew die neue Version, daß die Deutschnationale ihm für sein Material, damit es nicht an die Öffentlichkeit läme, 250 000 M. geboten hätten. Er fälschte mit entwendeten notariellen Stempeln eine Urkunde mit der Unterschrift des deutsch-nationalen Abgeordneten Kaufhold, worin Kaufhold ihm das Geld verließ.

Den Landtagsbriefbogen, auf dem die Fälschung nieder-geschrieben war, hatte Uralzew bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuß an sich gebracht!

Auf diese Urkunde hin bekam Uralzew weiteres Geld geliehen. Wie leichtgläubig im übrigen seine Opfer waren, geht aus folgender Episode hervor, die einer der letzten Verhandlungstage ergab. Als ein Dresdener Geldgeber mißtrauisch wurde, lud man ihn nach Berlin ein. Dort empfingen ihn Uralzew und Steinmeyer mit den Worten: „Katen Sie einmal, wo wir herkommen!“ Wir kommen direkt von Scheidemann, der sich jetzt zum Verkauf bereit erklärt hat.“ In Wirklichkeit hatten die beiden in einem Café ge-essen. Der Geldgeber aber war mit dieser Erklärung völlig beruhigt, zumal ihm Uralzew doch in einer eidesstatt-lichen Erklärung versichert, daß er mit Scheidemann in ausichts-reichen Verhandlungen stehe!

Allerdings hatte Uralzew bei seinen Betrügereien einen Trumpf: Er ist bis zu einem gewissen Maße

selbst von der Raiffeisenbank betrogen

worden. Dies ist die Angelegenheit der „Ostpreussischen Dampf-molle“. Im Jahre 1924 hatte die Raiffeisenbank fast die ge-samten Aktien dieses Unternehmens sich zum etwa Sieben-sachen des wirklichen Wertes anhängen lassen. Der später noch durch den Waldburger Skandal berüchtigt gemordete Bankier Rathke, damals Prokurist und Börsenvertreter der Raiffeisen-bank, war der Vater dieses sauberen Geschäftes. Er betrog seine eigene Firma, wofür er von den Kuhnleibern ein „zinsfreies Dar-lehen“ von 40 000 M. erhielt. Als die Raiffeisenbank nun auf dem fürchterlich überbezahlten Aktienpatet festsaß, verfiel sie auf den Trick, dieses Paket ihrem für unermesslich reich gehaltenen Kunden Uralzew auszuhängen. Die Bank betrog ihre Kunden! Über diese

treudeutsche Redlichkeit der deutsch-nationalen Direktion

zeitigte böse Früchte. Uralzew zahlte von dem vereinbarten Kauf-preis von rund sieben Millionen nur etwa eine Million in bar, ließ sich den Rest stunden, entnahm aber nach und nach für seine „Gefälligkeit“ von der Raiffeisenbank über 10 Millionen Mark ungedeckte Kredite. So endete die Raiffeisenbank als betrogener Betrüger schließlich mit einem Endverlust aus Ostwolle und Uralzew von rund 20 Millionen!

Vielleicht erleben wir doch noch den Tag, wo diese Dinge nicht nur wie im Dresdener Prozeß als Beiwerk, sondern als Haupt-gegenstand vor einem Berliner Gericht verhandelt werden.

## Aufruf republikanischer Verbände.

### Unerträgliche Bestimmungen der Rotverordnung — unerträglicher des Diktatorgerede.

Der Aktionsausschuß des Kartells der Republikanischen Ver-bände Deutschlands erläßt folgenden Aufruf an alle Republikaner: „Die Reichsregierung hat in einer neuen Rotverord-nung der großen Masse des Volkes weitere Entbehrun-gen und Belastungen auferlegt, die neuen Nährstoff für die demagogische Agitation der Extremen von rechts und links bieten müssen. Auch wir verkennen nicht die Schwere und Beden-lichkeit dieser neuen Einschränkung der Lebenshaltung des deut-schen Volkes und erwarten, daß es den republikanischen Parteien gelingt, die größten sozialen Härten und Ungerechtig-keiten aus der Rotverordnung zu beseitigen; wir verkennen aber auch nicht, daß es sich um einen letzten Versuch handelt, die Zahlungsfähigkeit von Reich, Ländern und Gemeinden und damit die deutsche Währung aufrechtzuerhalten und den Zusammenbruch der gesamten deutschen Wirtschaft zu verhindern.“

Wir erwarten mit Bestimmtheit, daß unsere früheren Gegner endlich zu der Einsicht kommen, daß die jegliche Reparations-belastung für Deutschland völlig untragbar ist, aber auch für die ganze Welt ein sinnloses Hemmnis für die Gesundung der Wirtschaft darstellt. Ohne eine wesentliche Verminderung unserer Reparationslasten und eine große Auslandsanleihe für Zwecke der Arbeitsbeschaffung ist eine weitere furchtbare Verschlimmerung der Krise unserer öffentlichen und privaten Wirtschaft nicht aufzuhalten. Wir verlangen von der Reichsregierung, daß sie ihre ganzen Bemühungen nach dieser Richtung einsetzt und daß sie weiter von einer Zollpolitik abläßt, die den Massenkonsum belastet, ohne der großen Masse der Landwirte zu helfen.

Wir erwarten aber auch von unseren Volksgenossen, daß sie trotz des auf jedem einzelnen lastenden Druckes erkennen, daß nicht Republik und Demokratie die Ursachen unserer Not sind, sondern die ungeheure Fehlleitung und Kapitalvergeudung des Hochkapitalismus der ganzen Welt mit ihrer planlosen Ausschaltung der vorhandenen menschlichen Arbeitskraft. Dieselben Kräfte, die in Deutschland lange Zeit Nuhnrieker dieser solchen Wirtschaftspolitik waren und jede Verbesserung der Lebenshaltung des Volkes bekämpften,

## „Die schöne Helena“.

Kurfürstendammtheater.

Mag Reinhardt erneuert den Triumph seiner berühmten Offenbach-Inszenierung. Ein Theaterabend voll Glanz, Geist und beschwingener Heiterkeit. Zum Schluß stürmischer, herzlicher Beifall. R. B.

finanzieren heute den Faschismus, der durch Wort und Tat immer wieder alle Ansätze im Ausland zu Verständigung und Entgegenkommen sabotiert, und verlangen gleichzeitig radikalen Abbau un-ferer sozialen Errungenschaften.

Wenn auch die Not vielen den klaren Blick trübt, so dürfen wir Republikaner doch nicht müde werden, immer wieder unsere Volks-genossen darüber aufzuklären, daß uns weder von der graufamen moskowitzischen Gewalttätigkeit Hilfe winkt noch von einer faschisti-schen Diktatur, die uns in neue Konflikte mit dem Ausland bringt und sich in voller Abhängigkeit von den völkfeindlichen Mächten der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes befindet. Alle über-zeugten Republikaner rufen wir auf, nun erst recht opferfreudig sich für den demokratischen und sozialen Staat von Weimar einzusetzen.“

## Zwischen zwei Staaten.

### Zugleich Deutscher und Franzose — lebenslanglich verbannt.

Essen, 15. Juni.

Der Fall des letzten deutschen Kriegsteilnehmers, der noch in Frankreich zurückgehalten wird, Paul Schwarz, ist in ein neues Stadium getreten. Sein Verteidiger hat einen Antrag beim fran-zösischen Justizministerium eingereicht, daß Schwarz aus dem französischen Staatsverband entlassen wird. Es handelt sich um wesentlichen um einen Streit um die Staatsangehörigkeit des Paul Schwarz, der Elässer ist und als Elässer in der deutschen Armee gedient hat. Nach deutschem Recht war Schwarz deutscher Staatsangehöriger, nach französischem Recht ist er dadurch französischer Staatsangehöriger geworden, daß zufällig in zwei Generationen hintereinander die Geburt auf fran-zösischem Staatsgebiet stattgefunden hat. Schwarz, der als Deut-scher behandelt wurde und sich immer nur als deutscher Staats-angehöriger gefühlt hat, ist vom französischen Kriegsgericht wegen „Waffentragens gegen sein Vaterland“ (!) zu lebenslänglicher Ver-bannung verurteilt worden. Er befindet sich heute in Capenne. Man hofft, daß der neue Schritt der Verteidigung einen Ausweg bietet, damit dieses letzte Opfer des Krieges endlich befreit wird.

## Wettfahrt um eine Insel.

### Zwei Kreuzer rufen im Atlantik.

Rio de Janeiro, 15. Juni.

Ein brasilianischer und ein englischer Kreuzer, welche nach den beiden Inseln fahren, die am vergangenen Sonnabend von dem Kapitän eines englischen Dampfers entbedt worden sind, sind in heftiger Wettfahrt begriffen, um die Frage der staatsrechtlichen Zugehörigkeit dieses Neulandes für ihre Heimat entscheiden zu können.



# Das neue Spanien.

Professor Zubiri-Madrid spricht in Berlin.

In Anwesenheit des Berliner Botschafters der spanischen Republik sprach auf einem Sonderabend der Deutschen Liga für Menschenrechte im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats der Professor der Philosophie Javier Zubiri von der Zentral-Universität in Madrid über „Das neue Spanien“.

„Die spanische Revolution“, so führte Zubiri aus, „war ein Umsturz ohne die Begleiterscheinungen eines Putsches oder eines Aufstandes der Armee. Sie kam aus dem Volke heraus, mitgetragen von den Intellektuellen und vor allem von der Jugend. Ein Rückblick auf die letzten 30 Jahre spanischer Geschichte ist mehr als bloße historische Erinnerung, ist eine Möglichkeit zur Erforschung der Probleme, mit denen sich die Republik heute noch auseinandersetzen hat.“

Um 1900 standen sich zwei Parteien, die Konservativen und die Liberalen, gegenüber. Das Ziel des Königs war, sie zu spalten und gegeneinander auszuspielen, um dann den entscheidenden Einfluß sich selbst zu erhalten.

Statt das politische Bewußtsein im Volke zu wecken, förderte die Monarchie die politische Indolenz. Das führte dazu, daß die Opposition 1928 rund 35 kleine Parteien zählte.

Drei große Probleme beherrschten Spanien: das Anwachsen des Separatismus namentlich in Katalonien, der zu Ausschreitungen führte, die Beherrschung der öffentlichen Meinung und der Stimmabgabe auf dem Lande durch die finanziell abhängigen Gefolgsmänner kleiner Eliten und drittens die soziale Frage, die im Agrarproblem gipfelte.

Die Landbevölkerung setzte sich aus kleinen Pächtern zusammen, die den größten Teil ihrer Erträge dem Großgrundbesitz überlassen mußten, der sich um ihre wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse nicht kümmerte. Aus dieser Haltung des Großgrundbesitzes erklärt sich die große Zahl der Analphabeten: trotz Schulzwang fehlte es an Schulen, weil der Großgrundbesitz seiner Pflicht nicht nachkam. Hinzu traten die syndikalistische Bewegung, die in Terrorismus ausartete, und die ständige Einmischung der Armee in die Politik. Als während des unpopulären Marokkorkrieges die Katastrophe von 1921 etwa 20 000 Tote forderte, verlangte das Volk Rechenschaft, und das Parlament setzte einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß ein.

Das greift General Primo de Rivera zur unbefristeten Macht.

Er liquidierte den Marokkorkrieg, beseitigte zur Erhaltung seiner Stellung die Mißstände auf dem Dorfe, aber er hob die Verfassung auf und verschwendete die öffentlichen Gelder. Der König, in seiner Position bedroht, spielte ein persönliches unehrliches Spiel, der Diktator jagte, er ließe sich nicht bourbonifizieren. Die Armee spaltete sich, das Volk erhob sich, Primo wollte als letzten Trumpf ohne Volk ein Parlament, eine Verfassung schaffen, der König entzog ihm sein Vertrauen. Alfons XIII., der als König den Verfassungseid gebrochen hatte, wollte die alte Verfassung wiederherstellen, als wenn nichts geschehen wäre. Die Linke beschloß Sabotage der Wahlen, um die Fiktion einer Volksabstimmung unmöglich zu machen. Berenguer, der Schuldige von Marokko, wollte die Ausschreibung von Gemeindevahlen als letzten Trumpf zur Rettung der Monarchie benutzen. Die Wahlen aber ergaben eine republikanische Mehrheit, der König mußte außer Landes.

Die positive Revolution wird erst mit der Tagung der verfassunggebenden Cortes beginnen. Heute schon ist aber mit Ernst und Geschicklichkeit durch den Kriegsminister die große Armee reform durchgeführt. Siebzig Generäle traten in Reserve, achtzig Bataillone sind aufgelöst, zweihundert Millionen Besatz werden jährlich gespart. In der Frage von Kirche und Religion wollen wir jedem Glauben Achtung schenken. Wir wollen keinen Kampf mit dem Katholizismus und halten

## Trennung von Staat und Kirche

für notwendig. Es geht aber nicht an, daß hohe kirchliche Würden-träger Monarchie und Katholizismus gleichstellen. Die Sozialreform darf nicht allein in der Lösung der Agrarfrage bestehen, sondern muß weiter gehen.

Spanien hat sich um die Wende des Jahrhunderts selbst verloren und vergessen. Die schwere Prüfung und vor allem das Mißtrauen der Diktatur gegen das Volk waren notwendig damit Spanien sich wiederfände und mit heiligem Ernst daran ginge, sich einen Staat aufzurichten, der von Spaniens wahrer Vergangenheit aus über die Gegenwart in die Zukunft weist.“

# Unermüdllich gegen Briand.

Francklin wiederholt seine Interpellationen.

Paris, 15. Juni. (Eigenbericht.)

Die Friedensrede Briands in Bourdon hat die Rechte von neuem auf den Plan gerufen. Die Rechtspresse polemisiert scharf gegen Briand und bezeichnet ihn beispielsweise als einen Mann, der horridität und blindlings für den Frieden kämpft. Unterdessen rüstet Francklin Bouillon zu einem neuen Angriff gegen den Außenminister in der Kammer. Er will die Regierung am Dienstag nach der Verlesung der Botschaft des Präsidenten Doumer an das Parlament über die „Notwendigkeit interpellieren, der sich aus der Zusammensetzung des Kabinetts ergebende Zweideutigkeit ein Ende zu machen“. Francklin Bouillon hofft, von einem Teil der Fraktionen Marin und Maginot bei der Abstimmung unterstützt zu werden. Falls er jedoch wieder geschlagen werden sollte, beabsichtigt er, die Regierung einige Tage später von neuem zu interpellieren

# Labour in der Minderheit.

Bei einem Streitpunkt des Bodengesetzes.

London, 15. Juni (Eigenbericht.)

Die Regierung MacDonald erlitt am Montag im Unterhaus eine unerwartete Niederlage. Sie blieb bei der Abstimmung über einen konservativen Zusatzantrag zum Grundwertsteuergesetz mit 208 gegen 232 Stimmen in der Minderheit. Ein großer Teil der Labourabgeordneten war entgegen den Warnungen der Parteileitung am Montag wegen des Wochenendes nicht erschienen. Der Zusatzantrag, der die Befreiung nicht nur des landwirtschaftlich benutzten Bodens, sondern aller kultivierten Flächen, so z. B. der Stadtgärten, erreichen will, braucht jedoch nicht als grundsätzlicher Streitpunkt angesehen werden. Die Regierung entschloß sich daher, die Ergänzung anzunehmen.

Der wirklich gefährliche Kampf um das Gesetz steht noch bevor, wenn nicht vorher zwischen den Liberalen und der Regierung über den Ergänzungsantrag der liberalen Partei eine Einigung erzielt wird. Nach diesem Antrag soll die gleichzeitige Erhebung von Grundwert- und Einkommensteuer beseitigt werden. Bisher haben die Verhandlungen zwischen Liberalen und der Regierung zu keinem Ergebnis geführt.

# Der Führer.

„Der Führergedanke, auf dem die Nationalsozialistische Partei und ihr Programm aufgebaut ist, ist direkt aus naturwissenschaftlichen Erkenntnissen abgeleitet. — Auch die Schafe haben ihren Leithammel.“  
(Reichstagsabgeordneter Schmidt in: „Nationalsozialismus als Weltanschauung des 20. Jahrhunderts“.)



„Als Leithammel für unsere Herde unerreich!“

# Gemeindefinanzen und Notverordnung.

Von Stadtkämmerer Bruno Asch.

Die zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen unternimmt den Versuch, den Reichshaushalt für das Jahr 1931 auszugleichen und die Arbeitslosenversicherung mit tief einschneidenden Einschränkungsmaßnahmen finanziell zu sanieren. Ungeklärt aber bleibt im Rahmen der Notverordnung das Problem der durch die Entwicklung der Arbeitslosigkeit auf das schärfste bedrohten kommunalen Finanzen.

Die Reichsregierung hat in ihren Darlegungen zur Notverordnung erklärt, daß sie nicht in der Lage sei, gleichzeitig mit dem Reichshaushalt die Wirtschaft der übrigen öffentlichen Körperschaften zu ordnen und ihnen die erforderlichen Einnahmen zur Verfügung zu stellen. Die Hilfsmassnahmen, die die Notverordnung den Gemeinden schafft, sind daher — von allen politischen und wirtschaftlichen Bedenken abgesehen — überaus fragwürdig. In erster Linie soll

## die Herabsetzung der Beamten- und Angestelltengehälter

eine erhebliche Senkung der kommunalen Ausgaben herbeiführen. Zweifellos wird diese zweite Kürzung der Beamtengehälter nicht unerhebliche Ersparnisse bringen. Für die Gesamtheit der Gemeinden wird man sie für das Haushaltsjahr 1931 auf etwa 80—100 Millionen Mark beziffern können. Die weitere Entlastung erfolgt bei den Ausgaben für die Wohlfahrtserwerbslosen. Der Wegfall der Lohnsteuererstattung, die der Reichsfinanzminister mit etwa 60 Millionen Mark berechnet, soll in vollem Umfang den Gemeinden zugute kommen, und zwar nur denjenigen mit überdurchschnittlicher Erwerbslosigkeit. Für diese Zuweisung sind die einzelnen Gemeinden in verschiedene Größenklassen eingeteilt. Innerhalb der Größenklasse wird die durchschnittliche Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen berechnet. Sind in einer Gemeinde mehr als 75 Proz. Wohlfahrtserwerbslose ihrer Durchschnittsgruppenzahl, dann erhält sie einen Beitrag aus diesem Fond. Die Länder sind außerdem verpflichtet worden, einen Teil ihrer durch die Gehaltskürzung erzielten Ersparnisse den Gemeinden für die Fürsorgeaufgaben zur Verfügung zu stellen. Preußen wird den Gesamtbetrag, der sich aus der Gehaltskürzung ergibt — etwa 60 Millionen Mark — den preußischen Gemeinden zustellen lassen. Diese Ausstattungen von Reichs- und Landesmitteln für Wohlfahrtswende der Gemeinden sind an sich zu begrüßen, insbesondere, da sie den ersten wirklichen Versuch darstellen, von Reichs- und Landesseite

## dem Problem der Wohlfahrtserwerbslosen

finanziell beizukommen. Die Beträge sind jedoch an sich unzulänglich und legen die Gemeinden, selbst unter Berücksichtigung ihrer eigenen Ersparnisse, auch nicht annähernd in den Stand, ihre zusätzlichen Ausgaben für Wohlfahrtserwerbslose, deren Zahl gegenwärtig bereits 1 Million überschritten hat, zu bestreiten.

Weitere erhebliche Ausgabenersparnisse will die Notverordnung den Gemeinden dadurch schaffen, daß sie die Angleichung der kommunalen Arbeiterlöhne an die Reichsarbeiterlöhne vorschreibt. Ganz abgesehen davon, daß eine schematische Gleichsetzung der Reichs- und Kommunalarbeiter wegen der Verschiedenartigkeit ihres Arbeitsgebietes nahezu unmöglich ist, bedeutet diese Vorkehrung einen schweren und

## gefährlichen Einbruch in das geordnete Tarifvertragswesen

der kommunalen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände. Hier handelt es sich um eine prinzipielle Frage von größter Bedeutung, über deren unvermeidliche Auswirkung auf das gesamte Tarifwesen man sich nicht im Unklaren sein darf.

Wird so auf der einen Seite versucht, den schweren finanziellen Druck, unter dem die Gemeinden seit Jahr und Tag leiden und der sich in den letzten Monaten unerträglich gesteigert hat, zu lockern, so zeigen sich auf der anderen Seite schwere neue Belastungen, die wahrscheinlich die Einnahme- und Ausgabenverbesserung der Notverordnung mehr als ausgleichen werden.

Der Krisenführer werden durch die Vorschriften über die Arbeitslosenhilfe neue Massen Arbeitsloser zugeführt. Aber abgesehen von der Notwendigkeit, in diesen Einzelfällen zusätzliche Unterstützung durch die Gemeinden zu leisten, bedeutet die neue Schöpfung des Bedarfs der Krisenführer in Höhe von rund 245 Mill., zu denen die Gemeinden nach den geltenden Bestimmungen ein Fünftel beitragen müssen, daß ungefähr der Gesamtbetrag, der den Kommunen aus der wegfallenden Lohnsteuererstattung neu zufließt, durch den angewachsenen Bedarf der Krisenführer wieder in Anspruch genommen wird. Das Reich hat durch die Krisensteuer seinen Finanzbedarf für die Krisen-

fürsorge gedeckt. Es hat sich aber trotz aller Vorstellungen der Gemeinden nicht dazu entschlossen, ihren Beitrag zur Krisenführerfürsorge zu übernehmen oder durch die Krisensteuer mit zu finanzieren, so daß hier eine erhebliche Neubelastung eingetreten ist.

Noch schwerer wiegt für die Gemeindefinanzen der zu erwartende

## Minderertrag an Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer.

Wie er sich nach den neuesten Berechnungen des Finanzministeriums nunmehr ergibt. Den kommunalen Budgets ist im allgemeinen die Frühjahrsvorschätzung des Reichsetats zugrunde gelegt. Die jetzt herausgegebenen Zahlen bedeuten, daß in den Gemeindeetats überall eine Minderung des Ansohies der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer um etwa 15 bis 20 Proz. eintreten wird. Damit wird sich eine durch keine Ersparnismaßnahme zu schließende Lücke in den Gemeindehaushalten ergeben. Für die Gemeinden aber wird sich nicht nur dieser Ausfall bei den Reichsteuerüberweisungen auswirken, sondern sie werden von den Wirkungen der Notverordnung bei ihren eigenen Steuereinnahmen empfindlich betroffen werden. Die Durchführung der Notverordnung bedeutet

## eine schwere Schädigung der Lebenshaltung

weitaus der Kreise des Volkes; sie beeinträchtigt den Lebensstandard in einer bisher nicht dagewesenen Weise. Es ist selbstverständlich, daß diese Einschränkung in erster Linie ihren Ausdruck finden wird in einer weiteren Zurückdrängung aller Güter des elastischen Bedarfs, insbesondere der Genussmittel, Vergnügungen, Bekleidung und ähnlicher. Da die Gemeinden im Laufe der letzten Jahre in erheblichem Umfang zur Besteuerung des entbehrlichen Bedarfs (Vergnügungs-, Getränke-, Biersteuer) übergegangen sind, so werden sie gerade auf diesen Gebieten erhebliche Steuerausfälle zu verzeichnen haben. Außerdem aber auch bei der gewerblichen Besteuerung, da sich dort am schnellsten die Rückwirkungen der allgemeinen Verringerung der Kaufkraft zeigen werden. In welchem Umfang diese Steuerrückgänge zu einer weiteren Erschütterung des Gemeindehaushalts und zu einer Verschärfung der Krisenführung führen müssen, ist zwar zahlenmäßig im Augenblick nicht festzustellen, es besteht aber kein Zweifel, daß die Wirkungen höchst unerfreulich sein werden.

Gleichzeitig mit den finanziellen Vorschriften, die unmittelbar auf den kommunalen Haushalt einwirken, bringt die Notverordnung eine Fülle von Maßnahmen auf dem Gebiete der öffentlichen Fürsorge, insbesondere bei der Reichsarbeitslosenversicherung und der Krisenführerfürsorge, deren mittelbare Rückwirkung auf den kommunalen Haushalt sehr stark sein muß. Der Wegfall

## zahlreicher Leistungen der Reichsarbeitslosenführer

wird selbst bei schärfster Bedürftigkeitsprüfung in vielen Fällen zu zusätzlichen Gemeindeleistungen zwingen, so daß man sagen kann, daß die Sanierung der Reichsanstalt in einem nicht geringen Umfang auf Kosten der Gemeinde erfolgt.

An zahlreichen Stellen der Notverordnung, insbesondere bei den Bestimmungen über die Sicherung der Haushaltsführung der Gemeinden, über die Erleichterung der Wohlfahrtslasten zeigt sich das Bestreben des Reiches, über die kommunalen Verfassungen und Aufsichtsrechte der Länder hinwegzugehen und ein

## System der Reichsaufsicht über die Gemeinden

herzustellen, das praktisch, wenn es in dieser Weise zur Durchführung gelangen würde, einer Aufhebung der kommunalen Selbstverwaltung, die verfassungsmäßig gewährleistet ist, gleichkäme.

Wenn es auch durchaus verständlich ist, daß in Sturm- und Krisenzeiten, wie wir sie gegenwärtig durchleben, Sondermaßnahmen notwendig und vertretbar sind, so gehen diese Vorschriften gegenüber der kommunalen Selbstverwaltung doch weit über das erforderliche Maß hinaus und stellen in erheblichem Umfang den Versuch dar, auf dem Wege über die Notverordnung der Reichsbürokratie Einwirkungsstellen gegenüber den Gemeinden zu geben, die mit dem Grundgedanken einer verantwortlichen örtlichen Selbstverwaltung unvereinbar sind und gegen die von vornherein entschiedenster Widerspruch erhoben werden muß.

Wesentlich aber ist, daß durch diese Notverordnung das Finanzelend der Gemeinden nicht beseitigt, nicht einmal erträglich gemildert wird, sondern daß hier eine tiefe Wunde bleibt, ohne deren Heilung alle Versuche, das Reich zu sanieren, ziellos bleiben müssen.



# Handeln, bevor es zu spät ist!

## Die Gefahren einer Verzögerung.

Das Ergebnis der Verhandlungen der Vertreter der drei gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen mit der Reichsregierung, worüber wir an anderer Stelle berichten, läßt erkennen, daß die Reichsregierung sich festgebissen hat auf einen Plan, von dem jeder Einsichtige von vornherein wissen konnte, daß seine Durchführung das Gegenteil dessen hervorrufen muß, was die Reichsregierung mit der Notverordnung bezweckt: die Sanierung der Finanzen und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe. Ganz abgesehen davon, daß die Notverordnung so viele Ungerechtigkeiten enthält, die ganz unmühevoll böses Blut erzeugen müssen, soweit die Arbeitslosen in Frage kommen, Bestimmungen, die, wenn sie durchgeführt werden, die schwersten Gefahren für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe hervorrufen müssen.

Es nützt gar nichts, wenn die Reichsregierung erklärt, sie sei grundsätzlich zu Verhandlungen bereit, die auf Abänderungen der Notverordnung hinführen. Es nützt auch gar nichts, wenn weiter erklärt wird, daß die Reichsregierung bereit sei, in diesem oder jenem Punkte Härten zu beseitigen. Der Härten sind jetzt schon zu viele. Wenn die Reichsregierung neue schafft, wenn sie zum Beispiel das Unterstützungsrecht der Jugendlichen beseitigt, den Unterstützungsbezug der Saisonarbeiter, der Heimarbeiter und Kleingewerbetreibenden in Frage stellt, wenn sie die Wartezeit verlängert usw., alle diese Bestimmungen aber bis spätestens 13. Juli durchführen will, um dann in einem späteren Stadium über die Beseitigung dieser unerträglichen Bestimmungen zu verhandeln, so schafft sie eine außerordentlich gefährliche Situation, um unter dem Druck dieser Situation dann Konzessionen zu machen.

Wenn die Reichsregierung sich heute schon bereit erklärt, gewisse Bestimmungen abzuändern, dann geschieht dies wohl aus der Erkenntnis heraus, daß diese Bestimmungen wirklich unerträglich sind. Sind sie es aber, dann müssen sie sofort ausgemerzt und es muß der Wirkung vorgebeugt werden, die sie unweigerlich haben müssen.

Es nützt zum Beispiel auch gar nichts, wenn nach dem Zusammentritt des Reichstags am 13. Oktober über die Abänderungen der Notverordnung verhandelt wird und auch entsprechende Beschlüsse gefaßt werden, während vorher schon Bestimmungen in Kraft getreten sind, deren Wirkung überhaupt nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Wir denken dabei unter anderem auch an den Einbruch in das Tarifrecht, den die Notverordnung befehlt in bezug auf die Löhne der Arbeiter und Angestellten der Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlichen Betriebe, die zu mehr als 50 Proz. im Besitz der öffentlichen Hand sind. Hier wird als äußerster Termin der sogenannten Angleichung der 1. Oktober festgesetzt. Auch wenn in den Reichstagsverhandlungen, die nach dem 13. Oktober stattfinden, in diesem Punkte die Notverordnung geregelt werden würde, so hätte das keine Wirkung mehr auf die schon vorher vorgenommene Angleichung.

Aber auch soweit Bestimmungen rückgängig gemacht werden können, die psychologische Wirkung wäre vorher schon so stark, daß eine Rückgängigmachung keinesfalls eine Wiedergutmachung sein würde. Wenn die Reichsregierung bereit und entschlossen ist, die unerträglichen Härten zu beseitigen, auf die die Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen gestern eindringlich hingewiesen haben, dann muß sie das sofort tun. Später kann es sehr leicht zu spät sein.

## Bescheidene Zechenbarone.

### Sie wollen vorläufig nur 10 Prozent Lohnabbau.

Eisen, 15. Juni (Eigenbericht).

Die Parteiverhandlungen zur Neuregelung des Lohnarfs des Ruhrbergbaus am Montag in Eisen verliefen, wie vorauszusehen war, ergebnislos. Die Unternehmer spielten den „Großmülligen“. Sie erklärten, sie müßten eigentlich eine Lohnsenkung von 20 bis 25 Proz. fordern, sie wollten sich jedoch auf einen Lohnabbau von 10 Proz. „zunächst“ beschränken. Weiter verlangten sie eine Ausdehnung des Kreises der Randzechen durch eine zwischentarifliche Vereinbarung.

Die Bergarbeitervertreter folgten den Unternehmern mit aller Deutlichkeit, daß für die Bergarbeiter der Lohnabbau die erträgliche Grenze bereits überschritten hat. Das Bergarbeitereinkommen sei durch Lohnsenkung, Festschließen und Manierloosverschlechterung so geschwächt, daß ein weiterer Lohnabbau gar nicht diskutiert werden könne. Die Forderung der Unternehmer sei schon deshalb abwegig, weil der Lohnanteil pro abfahrbäufiger Förderstrecke seit dem Januar des vergangenen Jahres bis zum März dieses Jahres um 1,23 M. oder rund 16 Proz. zurückgegangen sei. Wenn die Unternehmer durchaus eine Selbstkostenreduzierung brauchen, dann dürften sie an den übrigen Kostenfaktoren, vor allem an der Lohndrücke der Arbeiterkapazität des Ruhrbergbaus nicht vorbeigehen. Die geforderte Erweiterung der Randzechenkaufel wurde von den Bergarbeitervertretern ebenfalls abgelehnt.

Die Schlichtungsverhandlungen finden am Sonnabend, dem 20. Juni statt.

## Erfolge der Maschinisten.

### Rückblick auf drei Jahre.

Dresden, 15. Juni. (Eigenbericht.)

Der Verbandstag der Maschinisten und Heizer steht unter der Leitung von Klebe-Berlin, Schlichting-Berlin und Chemnitz-Dresden. Aus dem Bericht der Mandatsprüfungskommission geht hervor, daß 66 Delegierte vertreten sind, wovon 48 im Betrieb stehen. Den Geschäftsbericht des Vorstandes gab der Vorsitzende Genosse Klebe.

Der Verbandstag tagt in einer Zeit, wie sie schwieriger noch nicht vorhanden war. Seit 1928 hat sich

### die Arbeitslosigkeit verdreifacht und die Kurzarbeit verzehnfacht.

Trotzdem ist der Verband mit den vor vier Jahren geschaffenen statistischen Bestimmungen auskommen. Die in den letzten Jahren erfolgte Rationalisierung hat sich für die Berufsleute sehr fühlbar ausgewirkt. Klebe befaßte sich dann ausführlich mit den Vorschlägen der Brauns-Kommission und der Notverordnung, die er einer harten Kritik unterzog. Der Verband begrüßte die Forderungen des ADBS nach Einführung einer härteren Betriebsüberwachung. Klebe ging dann auf die

### Verfahrensbestrebungen

mit dem Metallarbeiterverband ein. Die Verhandlungen zwecks Verschmelzung haben zu einem Ergebnis nicht geführt. Der Vorstand des Maschinistenverbandes glaubt jedoch, daß eine gedeihliche Zusammenarbeit der beiden Verbände nach wie vor möglich ist. Die internationalen Beziehungen der Maschinisten haben seit dem letzten Verbandstag große Fortschritte gemacht. In der Maschinisteninternationale sind heute die Berufsorganisationen folgender Länder vertreten: Deutschland, England, Dänemark, Österreich und die Tschechoslowakei. Die Berufskollegen aus Jugoslawien haben ihren Eintritt in Aussicht genommen. Der Verband hat in 20 Hauptindustrien 1260 Betriebsräte. Er hat in den letzten drei Jahren 2165 Arbeitskämpfe, darunter 178 Streiks und Ausperrungen, geführt. Die Einführung der Invalidenunterstützung hat die Kampfeslust nicht beeinträchtigt. 5,2 Millionen Stunden Arbeitszeitverkürzung wurden erreicht, das sind

### 12,7 Stunden je Woche und Kopf.

Die Lohnbewegungen erbrachten im Durchschnitt je Woche 296.000 Mark oder 36,1 Millionen je Jahr. Die durchschnittliche Lohnhöhe je Stunde stieg von 1926 bis 1930 von 83 auf 111,6 Pf. Lohnabbau in der Stromerzeugung ist wirtschaftlicher Unfug. Der Ruhezustand in der Stromproduktion ist seit 1913 auf 80 Proz. gestiegen. Der Lohnanteil beträgt je Kilowatt nur ein Viertel Pfennig. In der Stromerzeugung wäre der

### Vierfachbetrieb ohne Lohnermäßigung möglich.

Der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, Genosse Brandes, begrüßte nachträglich die Tagung und sprach seine Bedauern aus, daß es zu einer Verständigung im positiven Sinne noch nicht gekommen ist. Trotzdem braucht eine gedeihliche Zusammenarbeit unter gewissen Meinungsverschiedenheiten nicht zu leiden. Der Vorsitzende des österreichischen Metallarbeiterverbandes, Nationalrat Janacek, gab Aufklärung darüber, wie man in Österreich bei der Verschmelzung verfahren ist. Es haben sich dort wenig Schwierigkeiten ergeben. Das Schlusswort des Verbandsvorsitzenden Klebe war kurz, weil an der Tätigkeit des Verbandsvorstandes keine Kritik geübt wurde.

## Bedürftigkeitsprüfung und Scheinverzug.

### Gemeinsamer Haushalt die Voraussetzung.

In der Arzelenfürsorge besteht schon seit langem die sogenannte Bedürftigkeitsprüfung, die feststellt, ob nicht Angehörige, die zum Unterhalt verpflichtet sind und mit dem Arbeitslosen gemeinsamen Haushalt führen, mehr verdienen, als sie nach den Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums als Höchstgrenze verdienen dürfen. Da durch die neue Notverordnung auch bei verheirateten Unterstützungsempfängerinnen die Bedürftigkeitsprüfung neu eingeführt wird, dürfte eine Senatsentscheidung interessieren, die zu dem Fall Stellung nimmt, wenn ein Angehöriger eines Arbeitslosen offensichtlich zu dem Zweck den gemeinsamen Haushalt verläßt und sich wo anders polizeilich anmeldet, um den Arbeitslosen in den Genuß der Arzelenunterstützung zu setzen.

In der im Reichsarbeitsblatt veröffentlichten Entscheidung steht der Senat auf dem Standpunkt, daß auch bei offiziellem Verzug des Angehörigen zu dem Zwecke, um dem arbeitslosen Angehörigen Unterstützung zu verschaffen, die Unterstützung gezahlt werden muß. Die Entscheidung stützt sich darauf, daß nach der Fassung dieser Vorschrift die Eigenschaft der dort bezeichneten Personen als Angehörige, deren Einnahmen für die Höhe der Arzelenunterstützung zu berücksichtigen sind, durch die bloße Tatsache des Lebens im gleichen Haushalt mit dem Arbeitslosen begründet wird. Entscheidend ist der rein äußerliche objektive Tatbestand des Zusammenlebens, der die in aller Regel zutreffende Vermutung begründet, daß in einem solchen Fall eine gemeinsame Haushaltsführung und eine gemeinsame Tragung der Kosten des Haushalts stattfindet.

Es kommt also weder für die Begründung, noch für die Aufgabe des gleichen Haushaltes mit dem Arbeitslosen auf die hierfür maßgebend gemessenen Gründe an, die ihrer Natur nach und im Einzelfalle nach den Beziehungen der Angehörigen in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht sehr verschiedenlich geartet, vom Standpunkt der Arbeitslosenversicherung aus berechtigt oder unberechtigt sein können und in vielen Fällen einer einwandfreien Nachprüfung überhaupt entzogen sind. Für eine Prüfung der Frage insbesondere, ob etwa der an und für sich in keiner rechtlichen Beziehung zu der Arbeitslosenversicherung des Arbeitslosen stehende Angehörige oder der Arbeitslose selbst den gleichen Haushalt in der ausgesprochenen oder nach den Umständen des Falles zu vermutenden Absicht aus dem alleinigen Grunde aufgegeben hat, um dem Arbeitslosen den Bezug der Arzelenunterstützung überhaupt oder in bestimmter Höhe zu ermöglichen, lassen die bezeichneten Vorschriften keinen Raum.

## Die Not der Musiker.

### Hohe Leistungen und tiefes Elend.

Im Berliner Rundfunkprogramm sprach gestern der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Musikerverbandes, A. Prizigel, über den „Existenzkampf der Berufsmusiker“. Er wies darauf hin, daß heute rund 70 Proz. aller Berufsmusiker arbeitslos sind. Darunter befinden sich allein etwa 12.000 Kammermusiker. Rundfunk, Grammophon und Tonfilm haben den Bedarf an Musikern stark zurückgedrängt. Die ungünstige wirtschaftliche Lage lastet natürlich außerdem schwer auf dem Arbeitsmarkt der Musiker. Da die Vustbarkeitssteuer wie übrigens auch die Autorentantieme meist entsprechend der Anzahl der mitwirkenden Musiker steigt, so werden überall die Unterhaltungskapellen auf eine möglichst geringe Kopffzahl reduziert. Für Aufführungen der arbeitslosen Kammerorchester wird auf Antrag die Ablosungsumme für die Autorentantieme zwar ermäßigt, aber auch hier beträgt sie für die meisten Aufführungen noch über 100 Mark.

Die Kosten der Musiker für ihren Berufsaufwand sind heute besonders hoch, weil jeder Musiker mehrere Instrumente beizubehalten und also auch zu besitzen muß. Ein Klarinetist braucht für seine Mitwirkung in einem Kammerorchester 2 bis 3 Instrumente, von denen jedes mehrere hundert Mark kostet. Will er aber bei Jazzmusik mitspielen, so muß er außerdem

nach zwei Saxophone besitzen, deren Preise mindestens 500 bis 600 Mark betragen. Er muß über gute Garderobe und einen ausreichenden Notendbestand verfügen. Doch selbst wenn er das alles sein eigen nennt und ein tüchtiger Künstler ist — sobald er das 30. Lebensjahr überschritten hat, sind seine Aussichten auf einigermaßen regelmäßige Beschäftigung sehr gering. Dabei erhalten von den arbeitslosen Musikern etwa 40 bis 50 Proz. keine Unterstützung, teils, weil sie bereits ausgesteuert sind, teils weil sie ihren Lebensunterhalt früher durch musikalische Darbietungen bei Privatveranstaltungen bestritten und nun als „selbständige Gewerbetreibende“ angesehen werden. Sofern sie dagegen in Wirtschaftsbetrieben spielen, gelten sie gesetzlich als gewerbliche Arbeiter, bei Beschäftigung in Kinos, Caféhäusern und Konzertorchestern als Angestellte. Diese ungleichmäßige Bewertung engt die berufliche Bewegungsfreiheit der Musiker außerordentlich ein.

„Was kann zur Linderung der Musikernot geschehen?“ fragte der Vortragende. Seine Antwort hob besonders zwei Punkte hervor: Sie forderte gesetzliche Maßnahmen gegen die Beschäftigung von Beamten- und Dilettantenorchestern und die Unterstützung der notleidenden Musiker durch das Publikum. Wer von Kammerorchestern bespielte Schallplatten kauft, Kinos und Caféhäuser bevorzugt, in denen deutsche Berufsmusiker spielen, und nicht zuletzt, wer moralisch auf alle Nebenverdiener und Dilettantenmusiker einwirkt, damit diese den Berufsmusikern keine Konkurrenz machen, der trägt dazu bei, den schweren Existenzkampf der Berufsmusiker etwas zu erleichtern.

## Erst verleumden, dann kneifen.

### Die SPD. vor Gericht.

Leipzig, 15. Juni.

Wenn es gilt, die Gewerkschaftsbewegung zu schädigen, schreden die Kommunisten vor den größten Gemeinheiten nicht zurück. Wie erbärmlich die SPD-Führer handeln und schwindeln, entrollte eine Verhandlung vor dem Schöffengericht in Leipzig.

Angeklagt war der verantwortliche Schriftleiter des kommunistischen Organs „Sächsische Arbeiterzeitung“, Reichstagsabgeordneter Ernst Schneller. Mitte November vorigen Jahres brachte die „Sächsische Arbeiterzeitung“ mehrere Artikel, in denen gegen die Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Ortsverwaltung Leipzig, Genossen Schäfer und Brumme, der Vorwurf erhoben wurde, der Metallarbeiterverband und die beiden Genossen hätten geheime Abmachungen mit den Metallindustriellen getroffen, um die Metallarbeiter bei den Kämpfen um den Kammerloos zu betrogen. Diese Schwindelnotiz ging durch die gesamte SPD-Presse und wurde gläubig von den Roskometern aufgenommen.

Am 22. November folgte ein zweiter Schwindel. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ schrieb:

„Während des Berliner Metallarbeiterstreiks verobredeten die Gewerkschaftsbürokraten mit den sächsischen Metallindustriellen, die Entscheidung für Sachsen hinauszuschieben. Die DDB-Führung hätte vertraulich erklärt, ein Kampf käme nicht in Frage. An die SPD-Presse erging die Anweisung, ebenfalls Stillstehenden zu bewahren. „Heraus aus der SPD! Hinein in die KPD!“

Der Metallarbeiterverband und die beiden Geschäftsführer Schäfer und Brumme stellten Strafantrag gegen den verantwortlichen Schriftleiter des kommunistischen Lügenorgans, den Reichstagsabgeordneten Ernst Schneller, Berlin. Als der Reichstag die Immunität bei einer Reihe von Nazi- und KPD-Abgeordneten aufgehob, konnte auch das Strafverfahren gegen Schneller durchgeführt werden. Das SPD-Organ kündigte an, daß es ihr etwas Leichtes sei, den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Aber weder Schneller noch sein Verteidiger waren zur Verhandlung erschienen.

Das Gericht verurteilte Schneller wegen öffentlicher Beleidigung und fortgesetzter Verleumdung zu 150 Mark Geldstrafe, ersatzweise 15 Tage Gefängnis. In der Urteilsbegründung wird ausdrücklich festgestellt, daß auch nicht der geringste Beweis für die aufgestellten Behauptungen erbracht wurde. Die Artikel waren böswillige Erfindungen, um Angehörige der Arbeiterbewegung in den Augen der Arbeiter zu verdächtigen und grundlos herabzusetzen. Eine solche Handlungsweise sei verwerflich und hart zu bestrafen.

## „Revolutionäre“ beseitigen 40-Stundenwoche

Die Gewerkschaften fordern die 40-Stunden-Woche. Die Legatschaft der Howaldt-Werke in Kiel hat jedoch vor kurzem bei einer Urabstimmung mit Mehrheit sich für die Rückkehr von der 40-Stunden-Woche zur 48-Stunden-Woche ausgesprochen.

Die Rückkehr zur 48-Stunden-Woche bei den Howaldt-Werken ist darauf zurückzuführen, daß der Betriebsrat, der nach der Reunions über eine kommunistische Mehrheit verfügt, sein Einverständnis zur Verlängerung des Arbeitszeitverkürzungsabkommens über den 31. Mai hinaus verweigerte.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Seit am 19. März saßen die Gruppen: Arbeiterklub Gruppenheim, Arbeiterklub, Wilmersdorf, 1. Die Gruppe 231 nach Schöneberg, — Schöneberg: Jugendheim, Arbeiterklub, Wilmersdorf, 2. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 3. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 4. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 5. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 6. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 7. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 8. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 9. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 10. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 11. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 12. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 13. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 14. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 15. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 16. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 17. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 18. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 19. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 20. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 21. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 22. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 23. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 24. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 25. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 26. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 27. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 28. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 29. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 30. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 31. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 32. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 33. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 34. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 35. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 36. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 37. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 38. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 39. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 40. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 41. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 42. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 43. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 44. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 45. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 46. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 47. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 48. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 49. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 50. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 51. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 52. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 53. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 54. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 55. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 56. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 57. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 58. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 59. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 60. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 61. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 62. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 63. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 64. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 65. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 66. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 67. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 68. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 69. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 70. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 71. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 72. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 73. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 74. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 75. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 76. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 77. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 78. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 79. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 80. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 81. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 82. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 83. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 84. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 85. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 86. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 87. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 88. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 89. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 90. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 91. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 92. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 93. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 94. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 95. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 96. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 97. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 98. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 99. Arbeiterklub, Wilmersdorf, 100. Arbeiterklub, Wilmersdorf.

## Jugendgruppe des Pankowverbandes der Angestellten

Seit, Dienstag, sind folgende Besprechungen: Pankow: Jugendheim, Pankow, 1. Pankow: Jugendheim, Pankow, 2. Pankow: Jugendheim, Pankow, 3. Pankow: Jugendheim, Pankow, 4. Pankow: Jugendheim, Pankow, 5. Pankow: Jugendheim, Pankow, 6. Pankow: Jugendheim, Pankow, 7. Pankow: Jugendheim, Pankow, 8. Pankow: Jugendheim, Pankow, 9. Pankow: Jugendheim, Pankow, 10. Pankow: Jugendheim, Pankow, 11. Pankow: Jugendheim, Pankow, 12. Pankow: Jugendheim, Pankow, 13. Pankow: Jugendheim, Pankow, 14. Pankow: Jugendheim, Pankow, 15. Pankow: Jugendheim, Pankow, 16. Pankow: Jugendheim, Pankow, 17. Pankow: Jugendheim, Pankow, 18. Pankow: Jugendheim, Pankow, 19. Pankow: Jugendheim, Pankow, 20. Pankow: Jugendheim, Pankow, 21. Pankow: Jugendheim, Pankow, 22. Pankow: Jugendheim, Pankow, 23. Pankow: Jugendheim, Pankow, 24. Pankow: Jugendheim, Pankow, 25. Pankow: Jugendheim, Pankow, 26. Pankow: Jugendheim, Pankow, 27. Pankow: Jugendheim, Pankow, 28. Pankow: Jugendheim, Pankow, 29. Pankow: Jugendheim, Pankow, 30. Pankow: Jugendheim, Pankow, 31. Pankow: Jugendheim, Pankow, 32. Pankow: Jugendheim, Pankow, 33. Pankow: Jugendheim, Pankow, 34. Pankow: Jugendheim, Pankow, 35. Pankow: Jugendheim, Pankow, 36. Pankow: Jugendheim, Pankow, 37. Pankow: Jugendheim, Pankow, 38. Pankow: Jugendheim, Pankow, 39. Pankow: Jugendheim, Pankow, 40. Pankow: Jugendheim, Pankow, 41. Pankow: Jugendheim, Pankow, 42. Pankow: Jugendheim, Pankow, 43. Pankow: Jugendheim, Pankow, 44. Pankow: Jugendheim, Pankow, 45. Pankow: Jugendheim, Pankow, 46. Pankow: Jugendheim, Pankow, 47. Pankow: Jugendheim, Pankow, 48. Pankow: Jugendheim, Pankow, 49. Pankow: Jugendheim, Pankow, 50. Pankow: Jugendheim, Pankow, 51. Pankow: Jugendheim, Pankow, 52. Pankow: Jugendheim, Pankow, 53. Pankow: Jugendheim, Pankow, 54. Pankow: Jugendheim, Pankow, 55. Pankow: Jugendheim, Pankow, 56. Pankow: Jugendheim, Pankow, 57. Pankow: Jugendheim, Pankow, 58. Pankow: Jugendheim, Pankow, 59. Pankow: Jugendheim, Pankow, 60. Pankow: Jugendheim, Pankow, 61. Pankow: Jugendheim, Pankow, 62. Pankow: Jugendheim, Pankow, 63. Pankow: Jugendheim, Pankow, 64. Pankow: Jugendheim, Pankow, 65. Pankow: Jugendheim, Pankow, 66. Pankow: Jugendheim, Pankow, 67. Pankow: Jugendheim, Pankow, 68. Pankow: Jugendheim, Pankow, 69. Pankow: Jugendheim, Pankow, 70. Pankow: Jugendheim, Pankow, 71. Pankow: Jugendheim, Pankow, 72. Pankow: Jugendheim, Pankow, 73. Pankow: Jugendheim, Pankow, 74. Pankow: Jugendheim, Pankow, 75. Pankow: Jugendheim, Pankow, 76. Pankow: Jugendheim, Pankow, 77. Pankow: Jugendheim, Pankow, 78. Pankow: Jugendheim, Pankow, 79. Pankow: Jugendheim, Pankow, 80. Pankow: Jugendheim, Pankow, 81. Pankow: Jugendheim, Pankow, 82. Pankow: Jugendheim, Pankow, 83. Pankow: Jugendheim, Pankow, 84. Pankow: Jugendheim, Pankow, 85. Pankow: Jugendheim, Pankow, 86. Pankow: Jugendheim, Pankow, 87. Pankow: Jugendheim, Pankow, 88. Pankow: Jugendheim, Pankow, 89. Pankow: Jugendheim, Pankow, 90. Pankow: Jugendheim, Pankow, 91. Pankow: Jugendheim, Pankow, 92. Pankow: Jugendheim, Pankow, 93. Pankow: Jugendheim, Pankow, 94. Pankow: Jugendheim, Pankow, 95. Pankow: Jugendheim, Pankow, 96. Pankow: Jugendheim, Pankow, 97. Pankow: Jugendheim, Pankow, 98. Pankow: Jugendheim, Pankow, 99. Pankow: Jugendheim, Pankow, 100. Pankow: Jugendheim, Pankow.

Verantwortlich für Text: Ernst Schill; Bildredaktion: G. Ringelstein; Gewerkschaftsbewegung: G. Ringelstein; Redaktion: Dr. John Schilling; Lokales und Sonstiges: Fritz Kersch; Anzeigen: Th. Glöck; Anzeigen in Berlin: Berlin: Fortschritt-Berlin G. m. b. H., Berlin, Druck: Fortschritt-Verlag und Verlagsanstalt Paul Simon & Co., Berlin G. m. b. H., Lindenstraße 1, Berlin 3, Helldorf.



# BAD EMS

Katarhe, Asthma, Emphysem, Grippe, G. n. Rückstände von Lungen- und Rippenfellentzündung, Herz- und Kreislaufstörungen.

Trinken, Baden, Inhalationen, Terralmpuren, Unterhaltungen und Sport jeder Art / Zeitgemäßes Preis

EMSER WASSER (Kochsalz) / PASTILLEN / QUELSALZ

Nur echt mit Schutzmarke



# Der Untergang des St. Philbert.

## Beileid der Deutschen Sozialdemokratie.

Das furchtbare, kaum zu fassende Schiffsunglück in Frankreich hat die Teilnahme der ganzen zivilisierten Welt hervorgerufen. Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (gez. Weis, Crispian, Vogel) hat an den Parteivorstand der Sozialistischen Partei Frankreichs folgendes Beileidstelegramm geschickt: „Tief erschüttert von der Schiffskatastrophe vor der Loiremündung, die Hunderten von Arbeitern und Genossenschaftlern das Leben gekostet hat, sprechen wir schmerz erfüllt den Angehörigen der Opfer und den beteiligten Organisationen unser tiefstes Mitgefühl aus.“ Auch der englische Ministerpräsident MacDonald hat dem französischen Ministerpräsidenten im eigenen Namen und in dem seiner Kollegen telegraphisch das Beileid zu dem furchtbaren Schiffsunglück übermittelt.

Paris, 15. Juni.

Die Zahl der Todesopfer des furchtbaren Schiffsunglücks steht noch immer nicht genau fest. Die Angaben schwanken zwischen 380 und 440 Opfern. Festgestellt worden ist, daß 44 Fahrgäste von Pornic aus in zwei Autobussen nach Nantes zurückgekehrt sind, also die Rückfahrt an Bord des Unglücksdampfers nicht mitgemacht haben. Der Kapitän der „St. Philbert“ galt als tüchtiger und erfahrener Seemann. Daß nur acht Fahrgäste gerettet worden sind, erklärt sich daraus, daß die an Bord befindlichen Rettungsringe und Schwimmgürtel mit in die Tiefe gerissen wurden. Die Nachforschungen nach den Leichen sind noch im Gange. Es dürfte jedoch nur ein kleiner Bruchteil der Ertrunkenen gefunden werden. Die Bemühungen der Besatzung des Leuchtturms, dem sinkenden Dampfer Hilfe zu bringen, blieben ergebnislos, da sich kleine Küstendampfer und Rettungsboote nicht in den hohen Seegang hinauswagen konnten. Als größere Fahrzeuge eintrafen, hatte das Drama bereits seinen unvermeidlichen Abschluß gefunden. Die Sachverständigen heben hervor, daß der Dampfer gerade zur Zeit des heftigsten Sturms die schwierigste Stelle, an der das Wasser etwa 10 Meter tief ist, passierte. In der Umgebung der Unglücksstelle befinden sich außerdem zahlreiche Klippen.

### Gerettete erzählen . . .

Einer der Geretteten erzählte, das Schiff sei plötzlich umgeschlagen. Er habe an die Oberfläche gelangen können und das Schiff noch kurze Zeit fliegen gesehen. Zahlreiche Passagiere hätten sich festgeklammert. Plötzlich jedoch sei das Schiff untergegangen. Als guter Schwimmer habe er sich über Wasser halten können, bis er sich an einem der Rettungsboote habe anklammern können. Doch habe er erst nach Aufhören des Sturmes an Bord genommen werden können.

Ein anderer Geretteter berichtet, wie er eine Stunde lang seine Frau schwimmend über Wasser gehalten habe. Dann hätten seine Kräfte versagt, und er habe seine Frau den Fluten überlassen müssen.

### Bericht des Leuchtturmwärters.

St. Nazaire, 15. Juni.

Ueber das gestrige Schiffsunglück berichtet der Leuchtturmwärter von St. Gildas nach folgende Einzelheiten:

Das Schiff suchte mühsam in die Loiremündung zu kommen und hatte beinahe schon den Felsenvorsprung von St. Gildas passiert, wo das Meer um diese Zeit etwa zehn Meter tief ist, als plötzlich besonders hohe Sturzwellen das Schiff umlegten, da die festkrank gewordenen Passagiere sich auf die windgeschützte Seite begeben hatten, und das Gleichgewicht dadurch gestört war.

Die erste Sturzwelle hatte das Schiff nur erschüttert, aber die zweite warf es um. Dann wurde der Dampfer in die Tiefe gerissen. Die Rettungsboote der beiden nächstliegenden Dörfer konnten infolge des hohen Seeganges nicht auslaufen, und man mußte die Ankunft der Schlepper von St. Nazaire abwarten, die die wenigen Personen, die noch gerettet werden konnten, an Bord nahmen.

Die Besatzung des St. Philbert bestand aus sieben Mann, vier für die Maschinen und drei für die Navigation einschließlich des Kapitäns. Der Kapitän ist ein alter Amerikafahrer, der vor zwei Jahren in den Ruhestand getreten war und von der Küstenschiffahrtsgesellschaft für das Kommando der Ausflugsdampfer angeworben worden war. Das Schiff war breit und seetüchtig.

### Tiefe Trauer in Nantes.

Nantes, 15. Juni.

Die ganze Stadt ist in tiefste Trauer gehüllt. Die Schiffskatastrophe hat in zahlreiche hiesige Familien tiefstes Leid gebracht. Viele Kaufläden sind geschlossen. An den Türen befinden sich Anschläge mit dem Vermerk „Wegen Todesfall bei der Schiffskatastrophe geschlossen“. Ganze Familien sind bei der Katastrophe ums Leben gekommen. Ein hiesiger Arbeiter hat seine Frau, seine beiden Kinder und seine beiden

Schwägerinnen, eine junge Frau ihre drei Brüder und ihre Schwester verloren. Sämtliche Leiter des Konsumvereins des Departements Loire interieur, die für die Vereinsmitglieder des Schiff gechartert hatten, sind in den Wellen umgekommen. Die Mehrzahl von ihnen war von ihren Familien begleitet.

Der „Soir“ berichtet, daß die „St. Philbert“ zu viel Fahrgäste an Bord gehabt habe und bei der starken Ueberlastung dem Sturm nicht gewachsen gewesen sei. Es sei vollkommen unsinnig, die Ausflüchter jetzt für ihre Kopflosigkeit beim Eintreten der Katastrophe verantwortlich zu machen.

### Rutilus wird abgeschleppt.

London, 15. Juni.

Das in Seenot befindliche Unterseeboot Rutilus des Nordpolfahrers Wilkins ist nach längeren schwierigen Versuchen von dem nordamerikanischen Kriegsschiff Wyoming ins Schlepptau genommen worden, der es nach Queenstown in Irland schleppen wird.

### Hebeversuche am „Poseidon“ eingestellt.

London, 15. Juni.

Auf Befehl der Admiralität sind die Hebeversuche am 11. Boot „Poseidon“ endgültig aufgegeben worden, da das gesunkene Boot vier Meter tief im Schlamm liegt. Alle an den Hebeversuchen beteiligten Schiffe sind bereits auf ihre Stationen zurückgekehrt.

# Ein gutes Geschäft.

## Wie es im Heiratsvermittlungsbüro Adamkewitsch & Co. zugeht.

Die Inhaberin des Heiratsvermittlungsbüros Adamkewitsch u. Co., Frau Adamkewitsch, ist eine geschäftstüchtige Frau; deshalb beschäftigt sich auch seit gestern das Schöffengericht Charlottenburg mit ihr, ihrem Mann und den Geschäftegeplagtenheiten der beiden. Ihre Opfer sind heiratslustige Männer auf der ganzen Welt. Frau Adamkewitsch ist aber nicht nur geschäftstüchtig, sondern auch gute Psychologin. Sie kannte ihre Pappenheimer: sie pries nicht so sehr die weiblichen Reize der Partnerinnen, als ihr märchenhaftes Vermögen. So kamen die Klienten des Heiratsvermittlungsbüros um ihr Geld und nicht zu einer Frau — vielleicht zu ihrem Glück.

### Junggesellen werden alarmiert.

Frau Adamkewitsch machte es so. Zuerst verschaffte sie sich eine Liste von Heiratskandidatinnen; sie inserierte, daß Akademiker, Gutsbesitzer u. dergl. mehr mit großen Vermögen Lebensgefährtinnen suchen. Die massenweise eingelaufenen Offerten gestatteten ohne weiteres eine Liste von heiratslustigen Frauen aufzustellen. Jetzt konnte es losgehen. In lokale in- und ausländischen Zeitungen inserierten die Junggesellen: „Besitzerinnen von Grundstücken und Fabriken, von Villen und Autos, von Barkapital in Höhe von 300 000 R. bis 7 Millionen R. suchten Männer — ohne Vermögen, aber mit umso größerer Herzensbildung. Es meldeten sich Leute aus allen Kreisen: Bauern, Handwerker, Fischer, kleine Angestellte, Akademiker, Gutsbesitzer, Rechtsanwälte, Ärzte und Landgerichtsräte; die Nachfrage nach vermögenden Frauen war immens. Nicht gering auch der Vorrat. Die Respektanten erhielten zwar keine Anschrift von den Inserentinnen, dafür aber einen Haufen Formulare vom Heiratsvermittlungsbüro Adamkewitsch u. Co., u. a. eine Anweisung für die Behandlung der an die Damen zu stellenden Anträge, eine Liste von Heiratskandidatinnen und zwei Bilder, das

eine davon numeriert, angeblich die Inserentin darstellend — alles per Nachnahme in Höhe von 19,50 R. Die Provision, 1 Proz. vom Vermögen der Dame — von 7 Millionen R. wäre das z. B. ein ganz hübsches Sümmchen — war stets 6 Wochen nach Stattfinden der Hochzeit zu zahlen. Wünschten dann die Herren die Auftraggeberinnen des Heiratsvermittlungsbüros persönlich kennenzulernen, so kostete das noch 200 bis 300 R. Obnedem ging es nicht.

### Späßige Zwischenfälle.

Zuweilen unterließen Frau Adamkewitsch auch ganz ullaige Dinge. So schickte sie z. B. zweien ihrer Klienten dasselbe Bild ein, das zwei verschiedene Damen darstellen sollte: eine brünette Süddeutsche mit 2 Millionen R. und eine Schwedin mit 4 Millionen R. Ein anderes Mal war unter dem gleichen Namen eine Dame auf zwei ganz verschieden aussehenden Photos abgebildet. Wie dem auch sei; die Respektanten stürzten sich in Unkosten, kamen nach Berlin, um im Heiratsvermittlungsbüro die vermögenden Damen kennen zu lernen und mußten zu ihrem Leidwesen erfahren, daß die Bewerberinnen plötzlich erkrankt seien oder eine Wutepanik erlitten hätten, oder der Vater einem Herzschlag erlegen sei und dergleichen traurige Dinge mehr; ob die Bewerber nicht etwa bereit wären, sich eine andere Dame anzusehen. Und wirklich befand sich eine solche, natürlich rein zufällig, im Nebenzimmer. Es war aber nicht etwa eine von den vermögenden Damen mit den vielen Millionen, sondern in der Regel eine ganz „simple“ Angestellte, die dem Bewerber nichts mehr als ihren Wunsch, zu heiraten und höchstens noch eine gute Wäscheaussteuer darzubieten hatten.

### Wo waren die Millionärinnen.

Das Heiratsvermittlungsbüro mit den ernstmeinnenden Herren und den nicht existierenden Millionärinnen blühte über alle Maßen.



Ipolit Matweewitsch saß auf dem wunderbaren Stuhl. Während der Dauer des Hochzeitsmahles erhob er sich mehrmals und ließ sich dann mit seinem ganzen Gewicht fallen, um etwa das Harte in dem Stuhl zu fühlen. Manchmal kam es ihm vor, als spüre er es deutlich. Dann gestiegen ihm alle Anwesenden besonders gut, und er rief aus vollem Halse: „Hurra!“

Ostap hielt die ganze Zeit Reden und Toaste. Man trank für die Volksaufklärung und für Turkestan. Dann empfahlen sich die Gäste. Worobjew blieb im Vorzimmer stehen und flüsternte Ostap zu: „Halten Sie sich nicht zu lange auf. Die Brillanten sind da.“

„Sie sind viel zu materialistisch“, erwiderte der angeheiterte Ostap, „warten Sie auf mich im Hotel. Gehen Sie nicht weg. Ich kann jeden Moment kommen. Zahlen Sie die Hotelrechnung, damit alles bereit ist. Und jetzt wünschen Sie mir gute Nacht.“

Worobjew ging ins Hotel Sorbonne und verbrachte die Zeit in großer Aufregung.

Um fünf Uhr früh erschien Ostap mit dem Sessel. Er stellte ihn in die Mitte des Zimmers und setzte sich darauf.

„Wie haben Sie das bewerkstelligt?“ fragte Worobjew endlich.

„Sehr einfach, wie man es eben im Familienkreis macht. Die Witwe schlief und träumte. Ich hatte nicht das Herz, sie zu wecken. So leidet es mir tat, ich war gezwungen, der Geliebten einen Zettel zu hinterlassen: Ich muß nach Rodochopersk, habe dort einen Vortrag zu halten. Warte nicht auf mich mit dem Mittagessen. Dein Zudermäuschen. Und den Sessel habe ich mitgenommen. So früh am Morgen verkehrt keine Elektrizität, und ich mußte mich unterwegs ausruhen.“

Worobjew stürzte sich knurrend auf den Stuhl.

„Still“, sagte Ostap, „man muß geräuschlos handeln.“

Er entnahm seiner tiefen Tasche ein Messer und schnitt sorgfältig den Stoff weg, ohne ihn zu beschädigen.

„So einen Kreton findet man heute nicht mehr. Man muß ihn aufheben. Bei dem Warenmangel.“

Diese dumme Spielerei steigerte Worobjews Ungeduld. „Fertig“, sagte Ostap leise. Er hob das Rohhaar in die Höhe und suchte mit beiden Händen zwischen den Sprungfedern.

„Run?“ wiederholte Worobjew öfter, immer in verschiedenem Tonfall. „Run? Run?“

„Run bleibt ein Run“, antwortete Ostap gereizt. „Eine Chance gegen elf. Und diese Chance . . .“

Er untersuchte den Sessel noch einmal und schloß: „Und diese Chance ist nicht die unsere.“ Er erhob sich und putzte seine Hose. „Tut nichts! Der Witwe kam der Stuhl doppelt so teuer zu stehen als uns.“

Ostap holte aus der Westentasche eine goldene Brosche mit Glassteinen hervor, ein goldenes, hohles Armband, ein halbes Duzend vergoldeter Teelöffelchen und einen Teeseher. Worobjew begriff in seinem Kummer nicht einmal, daß er hier zum Witwener eines ganz gewöhnlichen Diebstahls wurde.

„Eine banale Sache“, bemerkte Ostap, „Sie müssen aber zugeben, daß ich die geliebte Frau nicht verlassen konnte, ohne mir ein Andenken von ihr mitzunehmen. Jetzt dürfen wir aber keine Zeit verlieren. Dies ist nur der Anfang. Das Ende winkt in Moskau. Und ein Möbelmuseum ist unzugänglicher als die Witwe. Das wird schwieriger werden!“

Die beiden Kompagnons versteckten die Reste des Sessels unter das Bett, rechneten ihre Barschaft nach, es waren insgesamt, die Subskription für die Kinder eingerechnet, sechshundertzehn Rubel, und fuhren zur Bahn, zum Moskauer Zug.

Bis zur Abfahrt des Zuges saßen sie in der Toilette, da sie eine eventuelle Begegnung mit der geliebten Frau fürchteten.

Der Zug trug die Freunde dem geräuschvollen Zentrum zu.

Ostap klopfte dem traurig gewordenen Worobjew auf die Schulter. „Mut, Papachen. Seien Sie lustig! Die Sitzung dauert weiter! Morgen abend sind wir in Moskau.“

Das Haus des Mönches Berthold Schwarz.

Die Räder ächzten, die Lokomotive piff, alles kreischte ringsum, und Worobjew hatte den Eindruck, als wäre er in das Operationszimmer eines Zahnarztes geraten. Der Zug hielt an.

Das war Moskau. Dies der Kasanbahnhof. Die Kon-

cessionäre drängten sich mühevoll dem Ausgang zu. Ostap näherte sich einem Wagen, setzte sich schweigend nieder und lud Worobjew mit einer breiten Weste neben sich.

„Zum Simzow-Braschel!“ sagte er. „Achtzig Kopelen.“

Der Rutscher war sprachlos. Ein langwieriger Streit entspann sich, in dem öfter von Haserpreisen und dem Schlüsself zu einer Wohnung, wo Geld liegt, die Rede war.

Endlich knallte der Rutscher mit der Peitsche und das majestätische Panorama der Hauptstadt erschloß sich den Augen der Reisenden.

Die Freunde fuhren durch die Wozdwijskenta auf den Arbatplatz, über den Bretschistenki Boulevard, und sie befanden sich bald auf dem Simzow-Braschel vor einem rosa Häuschen.

„Was ist das für ein Haus?“ fragte Worobjew.

„Das Internat für Studenten der Chemie, das unter der Patronanz des Mönches Berthold Schwarz steht.“

„Eines Mönches?“

„Rein, ich scherze nur! . . . Das ist das Internat des Genossen Semajsko.“

Die Freunde stiegen über eine Wendeltreppe ins Mezzanin. Der große Raum des Stockwerks war durch Holzwände in lange, fünf Fuß breite Teile geteilt. Die Zimmer erinnerten an die Pennale der Schüler, nur daß es hier außer Bleistiften und Federn auch noch Menschen und Petroleumkocher gab.

„Bist du zu Hause, Kolja?“ fragte Ostap leise und blieb bei einer der größeren Türen stehen.

Als Antwort darauf raschelte und schrie es in allen fünf Federbehältern.

„Jawohl“, antwortete es hinter der Tür. „Wieder so früh Gäste zu diesem Trottel!“ hörte man eine Frauenstimme vom letzten Federbehälter links flüstern. „Lassen Sie einen doch schlafen!“ brummte der Federbehälter Nummer zwei.

Im dritten Federbehälter flüsterte es freudig: „Die Willy kommt zu Kolja. Sicher wegen der gestrigen zerbrochenen Fenster Scheibe.“

Im fünften Behälter wurde nicht gesprochen. Dort brüllte ein Petroleumkocher und man vernahm Geräusch von Rufen. Ostap hieb mit dem Fuß gegen die Tür. Der ganze Holzbau erzitterte und die Konfessionäre drangen in Kollas Höhle ein. Das Bild, das sich Ostaps Augen darbot, war bei all seiner Unschuld erschreckend. Im Zimmer gab es als einziges Möbelstück einen rotgestreiften Strohsack, der auf zwei Beinen ruhte. (Fortsetzung folgt.)



Befugte aber Frau Adamewitsch überhaupt über Millionen? Alle Bemühungen der Polizei, die Millionen und ihre Besitzerinnen ausfindig zu machen, blieben ergebnislos. Frau Adamewitsch berief sich auf das Geschäftsgeheimnis: Discretion ist Ehrensache. Unmittelbar vor dem Gerichtstermin legte sie schließlich dem Gericht eine Liste von 6 Damen ihrer Auftraggeberinnen vor und siehe da, sie waren alle unerreichtbar: zwei der Millionenärinnen leben in Rio de Janeiro, eine in Transvaal, eine in Chicago, zwei hatten bloß Postfachadressen in einem kleinen indischen Orte angegeben. Man wird das Vergnügen haben, etliche von den heiratslustigen Männlein und Weiblein kennen zu lernen.

## Ein großes Bauprojekt.

### Bebauung des Südgeländes in Sicht?

Wieder einmal erzählt die Oeffentlichkeit, daß das bekannte Schöneberger Südgelände bebaut werden soll, und diesmal soll es wirklich Ernst werden.

Eine der Baubank L. G. nehmende Gemeinnützige Aktiengesellschaft beabsichtigt die Ausschließung des Geländes und hat dem Magistrat den Antrag auf Errichtung von zunächst 6000 Wohnungen zugeteilt. Die Wohnungen sollen als Klein- und Kleinstwohnungen zu entsprechend niedrigen Mieten errichtet werden. Die Bebauung wird von einem Konsortium, unter welchem sich auch der Verband sozialer Baubetriebe mit einem Anteil von 30 Proz. befindet, gemeinsam durchgeführt. Es sind vier Wohnungstypen vorgesehen, eine Kleinstwohnung, die 35 Quadratmeter umfaßt, mit einer Jahresmiete von 385 M.; die nächste mit 40 Quadratmeter zu einer Jahresmiete von 468 M.; die dritte zu 45 Quadratmeter mit einer Jahresmiete von 558 M. und die vierte Ausführung mit 60 Quadratmeter und mit einer Jahresmiete von 816 M. Trotz dieser sehr günstig kalkulierten Mietpreise, die wesentlich niedriger als die bisherigen Neubauten sind, soll es den Wohnungen an nichts fehlen, sie werden auch in der normalen Bauausführung in Ziegelbau, Balkendecken und Dafen erbaut. Begonnen wird die Bebauung von der Rubensstraße aus von Westen nach Osten, im Anschluß an die dort bereits entstandenen Zeilenbauten. Der Gesamtplan rechnet mit rund 15 000 Wohnungen. Die 40 Proz. Freiflächen, die bei dem amerikanischen Chapman'schen Projekt in umfangreichen Partanlagen zusammengeschlossen waren, sind nach dem neuen Bebauungsplan von Prof. Barning in die Wohnzeilen aufgeteilt, so daß diese bis zu einer Breite von 50 Metern auseinanderweichen, was der Breite unserer Linden entsprechen würde. An sich hat das Projekt aber nichts mehr mit dem Chapman'schen Plan zu tun, da auch ganz andere Finanzierungsstrategie dahinter stehen. Die Aussichten auf die Verwirklichung des Bauvorhabens sind gut, zumal es schon seit Monaten von den zuständigen Stellen der Stadt, der preussischen Regierung und dem Reich bearbeitet worden ist. Im Finanzierungsplan ist auch ein entsprechender Betrag für die Ablösung der Kleingärtner vorhanden. Die Finanzierung ist so vorgesehen, daß eine normale 1. Hypothek in Höhe von 40 Proz. und eine zweite Hypothek von 40 bis 50 Proz. unter Reichsgarantie auf dem Kapitalmarkt beschafft werden. Zum Zwecke der Riefentung werden für diese zwei Hypotheken Zinszuschüsse aus öffentlichen Mitteln gegeben.

Eine Hanszinssteuerhypothek wird nicht beantragt.

## Borchards Morphiumlieferanten.

### Zu Gefängnisstrafen von acht Monaten verurteilt.

Der Fall des Kapellmeisters Borchard, den das Schöffengericht in Saarbrücken vor wenigen Tagen wegen fahrlässiger Tötung seiner Freundin Margot Candelier zu acht Monaten Gefängnis verurteilte, hat in aller Oeffentlichkeit wieder einmal die Gefahr der Morphiumsuche offenbart.

Die geheimen Quellen, die die Morphiumsuche der Unglückseligen speisen, blieben aber im Gerichtssaal unerörtert. Man kennt sie trotzdem. Das Dezerat zur Bekämpfung der Kaufgilde wäre bestimmt imstande, hierüber Auskunft zu erteilen. Von diesen Quellen im dunklen Berlin führen unterirdische Leitungen nach dem Westen und speisen hier in verschiedenen Dölen, Cafés und Bars die Männer und Frauen, die ihre Seelen dem weißen Teufel verschrieben haben. Auf diese Weise bekam wohl Borchard sein Morphium und nicht anders sein Musiker, der Engländer Allan, dessen Morphiumlieferanten sich gestern vor dem Schnellhoffengericht verantworteten. Es waren alte Bekannte des Dezerats zur Bekämpfung von Kaufgilden und der Kaufgildenteilung von Moabit, alle drei bereits wegen Handels mit Kaufgilden vorbestraft. Die Polizei hatte davon Wind bekommen, daß Allan in einem Café im Westen Berlins seine Morphiumlieferanten erwartete. Sie verhaftete die Kaufgildenhändler im Augenblick, als diese den Tunnel der Untergrundbahn verließen. Der eine, Faljan, sollte die Morphiumpackchen, es waren im ganzen 26 Stück, dem Allan überbringen, der andere, Leizinger, der eigentliche Morphiumhändler, sollte draußen bleiben, um sich der Gefahr der persönlichen Berührung mit dem Käufer nicht auszuweichen. Der dritte Angeklagte, Albrecht, ein Todeskandidat, ein wandelnder lebendiger Leichnam, hatte dem Musiker Allan im Laufe des Winters mit Morphium beliefert.

Die Verhandlung war nur kurz. Die Angeklagten klagten ihre Not, der Staatsanwalt meinte, daß die Not durchaus kein Rechtfertigungsgrund für Kaufgildenhändler sei und beantragte für jeden Angeklagten neun Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte sie zu je acht Monaten Gefängnis und hielt den Haftbefehl gegen sämtliche drei Angeklagte aufrecht. Bloß für den Schwerverkranken, Albrecht, wollte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Steinhaus, eine Ausnahme machen für den Fall, daß die Untersuchung durch den Gerichtsarzt die schwere Krankheit bestätigen würde. Die Angeklagten beteuerten, daß sie das letzte Mal wegen Kaufgildenhandels angeklagt seien. „Das haben Sie auch voriges Mal gesagt“, meinte der Vorsitzende und hatte damit Recht. Die Kaufgildenhändler kommen immer wieder vors Gericht; sie sind dem weißen Gift nicht im geringeren Maße verfallen als ihre Opfer, die Käufer — nämlich für immer.

## Beelitz wird Großfunkstation.

Rund 50 Kilometer von Berlin, in dem durch seinen Spargel bekannten Städtchen Beelitz geht eine Großfunkstation ihrer Vollendung entgegen, die eine der modernsten und größten Anlagen der Welt werden wird. Die Transradio baut ihre Empfangsstation in Beelitz aus und will hier den gesamten kommerziellen Ueberseeeempfang Deutschlands konzentrieren, während Rauen ausschließlich der Sendung dient. Zurzeit sind bereits in Beelitz vier moderne Großempfänger in Betrieb, und zwar u. a. für den Tagesverkehr mit Buenos Aires, mit Rio de Janeiro, mit New York usw. Außerdem ist dort ein Empfänger der Reichsrundfunk-Gesellschaft vorhanden, mit dem gelegentlich Uebertragungen von Uebersee auf den deutschen Rundfunk vorgenommen werden. In Kürze werden 17 weitere sogenannte Richtantennen für den Empfang der Hochwellen von

# Landratten an der Wasserkante.

## Eine Fahrt von Hafen zu Hafen.

Lübeck — Kiel — Hamburg, den Namen nach wohl bekannt, aber wer ist schon mal in allen dreien gewesen? Es ist gar nicht schwierig, sich über sie theoretisch zu unterrichten, Prospekte und Städteführer gibt es genug. Aber der Mensch unserer Zeit, besonders der junge Mensch, will anderes in den Städten sehen als das, was die Führer immer und immer noch als sehenswert anpreisen: Kirchen, Dome, Schloßer, alte Stadtteile usw. Ein paar junge Menschen in ihrer dreifachen Eigenschaft als Parteigenossen, Gewerkschafter und Genossenschaftler haben nun diese Reise gemacht, und einer von ihnen schildert uns, wie er die drei Städte gesehen hat und was ihm bemerkenswert war.

### Die Mutter der Hanse.

In Lübeck angekommen, kann man alsbald erfreulicherweise einen Friedrich-Ebert-Platz überqueren. Alte Wälle umgeben die Stadt, von denen man prächtige Blicke auf die Innenstadt hat. Hier auf dem Wall, gegenüber dem Museum, in einer Umgebung uralter Laubbäume, findet man sogleich etwas, was

## Oeffentliche Versammlung

am Dienstag, dem 16. Juni, 19<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, in der Aula der Rheingauschule, Friedenau, Homuthstraße.

Es spricht Genosse Carl Severing über das Thema: „Der Kampf um Preußen“

Berlin in dieser Form nicht hat: Ein großartiges Freilichttheater, das für 3000 Zuschauer Raum bietet. Man sieht sich sodann natürlich das berühmte Hofstentor aus dem Jahre 1476 an, das schon recht altersschwach sein soll und die wichtigen alten, aber malerischen Salzspeicher, in denen sich heute nicht etwa Kaufmannswaren, sondern Autogaragen und Autowerkstätten befinden. Den Berliner interessiert dann besonders das Leben und Treiben am und im Hafen. Die Marienkirche weist allerlei Merkwürdigkeiten auf, so eine berühmte astronomische Uhr, ein Glodenspiel und einen Totentanz. Mit ihrem 123 Meter hohen Turm, der den Schifffern als Landmarke dient, werden die Berliner Kirchtürme kaum konkurrieren können. Wer die vielen alten vermurksten Postämter im Reich und auch in Berlin kennt, der wird in Lübeck angenehm überrascht sein, ein Postamt mit wirklich vorbildlicher Innenausstattung zu finden. In der Johannisstraße liegt das Gewerkschaftshaus und die Druckerei des Parteiorgans, des „Lübecker Volksboten“, ein modern-sachlich gehaltener sehr erfreulich wirkender Kintterbau. Das Großartigste aber ist zweifellos das ganz modern eingerichtete fünfgeschossige Warenhaus der Konsumgenossenschaft. Von dem im obersten Geschoss gelegenen Erfrischungsraum hat man einen herrlichen Fernblick. Außerdem ist er so gemütlich und Speisen und Getränke sind so billig, daß man sich schwer trennen kann. Es ist zweifellos der modernste und beste Warenhausbau Lübecks. Wirklich ist es, daß man in einer doch immerhin nicht ganz kleinen Stadt (130 000 Einwohner) als Fremder offenbar sofort erkannt wird. Das „Ostseejahr 1931“ bringt Lübeck sehr viel Fremde. Aber auch der Jugendtag des Zentralverbandes der Angestellten vom 9. bis 11. August d. J. wird der kaufmännischen Jugend einen wertvollen Eindruck von der alten Hanseatenstadt, von der vor Jahrhunderten die berühmte Hanse ihren Ausgang nahm, vermitteln; sie wird dann auch vor allen Dingen das prachtvolle „Haus der Jugend“ kennen lernen.

### Stadt am freien Meer.

In zwei Bahnstunden ist man in Kiel. Es berührt sympathisch, daß der vom Kieler Verkehrsverein herausgegebene Führer in seiner allerersten Zeile sogleich berichtet, daß von den 220 000 Einwohner Kiel allein 57 000 Arbeiter sind. Der Arbeiterwassersport hat denn auch in Kiel eine besondere Pflegestätte. Das Bemerkenswerteste an Kiel scheint zu sein, daß es unmittelbar an der Ostsee liegt, was bei den anderen großen deutschen Ostseestädten Lübeck, Rostock, Stettin, Danzig und Königsberg nicht der Fall ist. Natürlich interessiert den binnenländischen Berliner auch wieder zuerst und am meisten der Schiffsverkehr. Man sieht sich mit besonderem Interesse außer dem Hafen den Nordostseekanal an und zwar die wirklich imposante Hochbrücke bei Levensau, die Prinz-Heinrich-Brücke vor Holtzenau und ferner die größten Schleusenanlagen der Welt bei Holtzenau, die

eine Länge von 330 Meter und eine Breite von 45 Meter haben. Durchschnittlich passieren hier während eines Monats 6000 Schiffe, am Tage also etwa 200 Schiffe. Geöffnet werden die Schleusen durch Schieber, die 47 Meter lang, 18,5 Meter hoch und 8 Meter stark sind; sie können also ein vierstöckiges Wohnhaus glatt verdecken. Die Schleusen des Panamakanals sind nur 305 Meter lang. Den mächtigsten Eindruck auf den Fremden aus dem Binnenland machen aber die Werften der Deutschen (Reichs-) Werke Kiel A. G. und der Krupp'schen Germaniawerft. Hier hämmert, pfeift, schrillt und quamt es, als ob man in der Hölle wäre. 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Kilometer Wasserfront beanspruchen die Werften. Während bei Krupp viele fleißige Arbeiter an den in den letzten Jahren mit Vorliebe in Auftrag gegebenen Luxusjachten arbeiten, arbeiten die Deutschen Werke für die deutsche Flotte. Der kürzlich zu früh abgelassene Panzerkreuzer war während seines Baues von Heilmlichkeiten umgeben und wurde von vielen Marineoffizieren besichtigt, so daß ihn niemand zu Gesicht bekam. Auch die Hafensrundfahrten durften nicht in seine Nähe kommen. Die auf der Reede liegenden Kriegsschiffe können allerdings besichtigt werden. Eine Hafensfahrt bringt einen im Umsehen bei Mötenort oder Laboe an den richtigen Ostseestrand. Bei Laboe befindet sich übrigens ein wirklich großartiges Reichsmarineehrenmal in Form eines riesigen stillstehenden Segels, das als Aussichtsturm erbaut ist. Bei klarem Wetter kann man die dänische Küste sehen.

### Deutschlands Tor zur Welt.

„Von Hamburg nach Kiel, das kostet nicht viel“, heißt es in einem alten Schläger. Nun, von Kiel nach Hamburg kommt man heute mit dem Ueberlandpostautobus schneller und sogar noch etwas billiger als mit der Eisenbahn. Hier hat der moderne Autobus die Bahn restlos geschlagen. Die Autobusse sind ständig voll besetzt und es ist ein Genuß, mit ihnen zu fahren.

Und dann ist man in Hamburg, der größten deutschen Seestadt, die sich in großem Stolz: Deutschlands Tor zur Welt nennt. Mit ihren über eine Million Einwohnern ist sie neben Berlin die einzige deutsche Millionenstadt. Sie hat mehr als 50 Hafensbecken mit über 100 Kaischuppen. 60 000 Hafenarbeiter sind in Hamburg tätig. Hamburg hat aber auch eine ungewöhnlich starke Sozialdemokratie, Gewerkschaft und Genossenschaft. Die Sozialdemokratie ist seit Kriegsende als weitaus stärkste Partei führend in der Landesregierung, dem Senat. Von sechzehn Senatoren stellt die Partei allein acht, unter ihnen seit dem 1. Januar 1930 den Präsidenten des Senats Rudolf Köp. Getragen wird die Hamburger sozialdemokratische Organisation von über 50 000 Mitgliedern. Der Ortsausschuß des K. D. S. B. umfaßte 1929 215 000 voll zahlende Mitglieder. Für gewerkschaftliche Unterstufungseinrichtungen wurden im gleichen Jahre 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Millionen Mark aufgewendet.

Das Großartigste in Hamburg aber ist zweifellos das Genossenschaftswesen. Zuerst ist der Hamburger örtliche Konsumverein da, die bekannte „Produktion“, die jahrzehntelang an der Spitze aller deutschen Konsumgenossenschaften stand; sie hat heute 125 000 Mitglieder, die in nahezu 500 Läden versorgt werden. Die Genossenschaft beschäftigte im Jahre 1929 über 5000 Personen. Dann befindet sich in Hamburg die Spitzen- bzw. Dachorganisation aller deutschen Konsumgenossenschaften, der Zentralverband Deutscher Konsumvereine und schließlich die wirklich am imposantesten wirkende Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, die in Hamburg allein eine große Schokoladen- und Süßwarenfabrik, eine Margarinefabrik, eine Getreide- und Delmühle, eine chemische Fabrik, eine Fischkonservenfabrik und eine Zigarren- und Zigarettenfabrik unterhält. Auf diese gewaltigen Betriebe müßte noch einmal besonders eingegangen werden.

Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Genossenschaftler, die nach Hamburg wollen, mögen sich aber an den von den Gewerkschaften gegründeten Gemeinnützigen Verkehrsverein Groß-Hamburg, Hamburg 15, Nagelsweg 14, wenden, der nicht nur eine ausgezeichnete Werbefchrift herausgegeben hat, die wohl zum ersten Mal in Deutschlands Fremdenführern auch die Bedeutung der aus der Arbeiterschaft erwachsenen Wirtschafts-, Wohlfahrts- und Kultur-einrichtungen richtig würdigt, sondern der auch sonst mit Rat und Tat zur Seite steht.

Und was man sich in Hamburg ansieht? Den Hafen natürlich, und immer wieder den Hafen mit den riesigen Schiffen, die ruhmächtig, die Hochbahn (außer Berlin die einzige in Deutschland), den Zoo in Stellingen, die Werke der G. E. G. und — natürlich — die Reeperbahn, an der das merkwürdige ist, daß sie gar keine Bahn, sondern eine Straße und zwar eine sehr lustige ist.

New York und Buenos Aires sowie für den Empfang von Kairo, Manila, Japan und Java zur Verfügung stehen. Die technischen Einrichtungen wurden — wie Telefunken mittelst — nicht nur für den Verkehr mit drahtloser Telegraphie, sondern auch für Telephonie und Bildtelegraphie ausgebaut. Neben den bestehenden Fernsprecheinrichtungen nach Buenos Aires, Rio, Java und Siam sind weitere Verbindungen in Vorbereitung. Erstmalig werden für den Empfang von New York und Java sowie Kairo sogenannte Mehrfach-Antennen verwendet, die hauptsächlich zur Bekämpfung der Fading's dienen. Der gesamte Ausbau steht die Aufstellung von 40 Antennen und ebenso vielen gleichzeitig arbeitender Großempfängern für Kurzwellenempfang vor. Beilich wird also die gesamte Welt hören können. Hochwertige Verbindungsleitungen zwischen Beelitz und der Betriebszentrale in Berlin und von dort wieder nach der Sendestation Rauen werden ebenfalls hergestellt.

### Arthur Keil ist wieder aufgetaucht.

Arthur Keil, dessen Name in Berlin gerade keinen rühmlichen Klang hat, hat am Weidendam 1a wieder eine neue Gründung aufgezogen. Sein Unternehmen sollte sich mit der Herstellung von Kettamelosen befassen, die an Geschäftsleute vertrieben werden sollten. Zu diesem Zwecke engagierte er eine große Anzahl junger Mädchen, denen er vorpiegelte, sie müßten auch kassieren und deshalb eine Bürgschaft leisten. Er nannte das wohlweislich nicht Kautions, sondern „Geschäftsanteil“. Die Kriminalpolizei, die Keil nicht aus den Augen gelassen hatte, nahm ihn jetzt wieder fest und brachte ihn nach Moabit. Gegen ihn schwebt noch ein Verfahren wegen Konzessionsentziehung. Die neue Gründung scheint ganz gut florieren zu haben, denn auf dem Postfachkonto sind ansehnliche Summen eingegangen. Bezeichnend ist, daß Keil seinen Vornamen änderte und sich „Ludwig Keil“ nennt.

**Wichtig zubereitet (drei Minuten gekocht) schmeckt der Kathreiner**  
**so gut, als ob er wunderwie Feuer wäre!**

**Dabei kostet das ganze Pfundpaket nur 50 Pfg. ...**



„Lärm“ in Wannsee?

Eine Führung durch die Versuchsanstalt für Handfeuerwaffen

Die Versuchsanstalt für Handfeuerwaffen in Berlin-Wannsee hat verschiedentlich Klagen...

Major von Bachelin wies auf die große wirtschaftliche Bedeutung der Deutschen Versuchsanstalt für Handfeuerwaffen hin...

Bertheidiger gegen Berichterstatter.

Konflikt mit dem Klarek-Ausschuss.

In dem vom Landtag eingesetzten Ausschuss zur Untersuchung der Wirtschaft in der Berliner Stadtverwaltung...

In der Beschwerdeschrift heißt es: „Am 22. Juni beginnt in der Sache Busch und Genossen die Hauptverhandlung...“

Polizeibeamte gegen Rotverordnung.

Kampf gegen fremde und gegen eigene Not.

Der Preussische Polizeibeamtenverband hatte seine Berliner Mitglieder am Sonntagmittag nach den Kammerjahren berufen...

Der Vorsitzende des Preussischen Polizeibeamtenverbandes Schrader legte nicht nur die katastrophalen Wirkungen der Rotverordnung...

Funktionär-Versammlung!

Dienstag, den 16. Juni 1931, 19 1/2 Uhr, im großen Saal des Saalbau Friedrichshain...

Üben müssen, Rechnung trägt, indem sie die Rotverordnung so ändert, daß den Polizeibeamten wenigstens ihre jetzige schmale Existenzgrundlage erhalten bleibt...

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Befindungen für diese Rubrik sind bei den Parteifunktionären zu erhalten...

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr

heute, Dienstag, 16. Juni.

- 11. Kreis. Die Abteilungsleiter werden gebeten, am nächsten Sonntag-Veranstaltung...

Morgen, Mittwoch, 17. Juni:

- 1. Kreis Mitte. Kreisamtsleiterversammlung im Sächsischen Hof...

Frauenveranstaltungen.

- 2. Kreis. Kolonial und Arbeiterwohlfahrt: Donnerstag, 16. Juni, gemeinsame Bekleidungsfeier...

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Die Kreisleiter werden ersucht, die Bandarbeit zur Sommerwoche abzugeben...

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Befindungen für diese Rubrik sind bei den Jugendfunktionären zu erhalten...

heute, Dienstag, 19 1/2 Uhr:

19. Kreis. Einleitende Rede: 19. Die Arbeit als Revolutionär...

Streife 1: „Genosse Wozzeck“. - Schillerpark: Schöniggr. 17: „Kampfpflicht“...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. - Geschäftsbesitz: Berlin G. 14, Erdbeerenstr. 37-38, Saal 2, 2. Etz.

Allgemeine Wetterlage.



Die kühleren maritimen Luftmassen, die am frühen Morgen des Montag unter Gewittern in unserem Bezirk einbrachen...

Wetterausblick für Berlin. Heiter bis wolkig ohne nennenswerte Niederschläge, Temperaturen wenig verändert, westliche Winde...

Zirkus Krone im Anmarsch!

Nach einer großen Auslandstournee, die ihn bis zum Winter v. J. durch ganz Österreich, Ungarn, Norditalien und durch Frankreich geführt hat...

Direktor Krone hat sich als erster dem aus der wirtschaftlichen Notwendigkeit heraus gebotenen Schlagwort der Zeit angepaßt...

Gemüse, Salate

schwache Suppen, Soßen und alle Fleischgerichte erhalten augenblicklich unvergleichlichen Wohlgeschmack durch wenige Tropfen

Table with 6 columns: MAGGI Würze ist, Originalflaschen RM, -18, -36, -63, -90, 1.49, 5.85

MAGGI Würze





# Karl Möller: Bei den Segelfliegern

## Ein Streifzug durch die Rhön

Als ich einer Berliner Freundin, die sonst über jeden Berg in den Alpen oder im Riesengebirge Bescheid weiß, erzählte, daß ich in die Rhön reisen wollte, hatte sie keine Ahnung, in welcher Gegend unseres Vaterlandes dieses abgelegene, reizvolle Bergland sich befindet. Ich fürchte, daß es vielen so gehen wird, und deshalb will ich zu Anfang verraten, daß der größere Teil der Rhön in Thüringen und kleinere Abschnitte in Hessen und Bayern liegen. Geographisch eine Einheit ist das Rhöngebirge politisch doch auseinandergerissen wie so viele deutsche Landschaften. Es zieht sich vom Nordsee nach Süden ziemlich parallel mit der Bahnlinie Bebra-Frankfurt am Main hin. Auf der einen Seite stimmt sich ihm der Thüringer Wald entgegen, auf der anderen geht es in die Ausläufer des Spessart über und erreicht fast das fruchtbare Maintal.

Kleine Nebenbahnen schlängeln sich bis in die Hochtäler hinein, aber über den Rücken des Gebirges ist bis jetzt noch keine Schiene gelegt. Durch diese relativ schlechte Verbindung und da die größeren Städte alle ziemlich weit entfernt liegen, ist die Rhön eines der wenigen Gebiete geblieben, die selbst in seinen Hauptpunkten heute noch nicht von der großen Welle der Touristen erfasst ist.

Wiederum ist durch die Segelfliegerei das Zentralsgebiet der hohen Rhön rund um die Wassertuppe zu einiger Berühmtheit gelangt. Als wir am Pfingstmontagabend nach reichlichem Märchessen ankamen, waren die drei oder vier Gasthöfe vollständig besetzt, und wir mußten noch ein paar Stunden lauwärts laufen, um in den nächsten Ort zu gelangen.

Noch was an diesem Abend sehr schmerzhaft für uns war, ist im allgemeinen der große Vorzug der Rhön. Man kann tagelang auf den Höhenwegen entlang wandern, ohne an eine Detschaft zu kommen. Morastische, fette Wiesen mit einem Meer von emporgeschossenen Blumen, darunter Ranunkeln in Menge, die sonst nur auf weiten Almweiden zu finden sind, ausgebreitete Moore und kahle, felsige Höhen, das sind die besonderen Charakterzüge der Rhön, die sie vor jedem anderen Mittelgebirge Deutschlands auszeichnet.

Der erfahrene Alpenfreund fühlt sich hier wie im Allgäu oder im Schweizer Jura und glaubt, hinter jeder Höhe müßten die schneebedeckten Gipfel austauschen. Diese Illusion wird noch durch das melodische Jodeln der Hirtenjungen und das Gebimmel der in der Ferne weidenden Herden bestärkt.

Am Mittelpunkt dieses weiten, waldlosen Gebietes steht die 950 Meter hohe Wassertuppe, die von den Segelfliegern als bestes Übungsgebiet ausertoren wurde. Hier streicht stets ein leichter Auftriebswind über die Höhen, und das weite, häuserlose Wiesenland bietet Platz genug zum glücklichen Landen. Alle berühmten Segelflieger sind hier in die Lehre gegangen. Mancher Höhen- und Weiseflugrekord wurde in diesen einsamen Gefilden aufgestellt, und nenerdings macht man dort Versuche mit einem schwanzlosen Motorflugzeug.

Als wir in der Abenddämmerung über einen schmalen Wiesenpfad emporstiegen, sahen wir alles mögliche Zeug in den Wäldern herumstrotzen und begannen ein Käsekräuter, was wohl das einzelne sein konnte. Schließlich hatten wir alle unrecht, denn es waren nur Papiermodelle, die von eifrigen Schülern in die Luft gefegt wurden, und darauf war keiner gekommen.

Am nächsten Tage sollte ein großer Wettbewerb stattfinden, und dazu mußten die jüngsten Janaitter des Segelflugsportes die letzte Übungsgelegenheit bis in die Nacht hinein ausnützen. Auch das wie ein riesiges Nachtgespenst auftauchende Flugzeug, das nur zwei breite Seitenflügel besitzt und den Motor hinter dem Führersitz hat, gab vor uns noch einen letzten Probeflug, bevor Meister Köhl morgen diese Neuerung selbst begutachten sollte.

Auf der Höhe waren viele Autos und noch mehr Motorräder. In den Holzparaden der Segelflieger, die ihnen als Unterkunftsräume und Werkstätten zugleich dienen, herrscht noch reges Leben. Überall wird gedastet, nachgeschaut und geprüft. Eine Musikkapelle spielt, scheinbar auch schon zur Probe für morgen.

Zu der großen Veranstaltung am nächsten Tage sind viele

Fremde gekommen, darunter auch Ausländer. Hauptmann Köhl, der bekannte Ozeanflieger, spricht sich sehr erwartungsvoll über die neue Maschine aus. Fröhliches Leben mit Verkaufständen, Musik und sportbegeisterten Menschen bewegt die sonst sehr ruhige Stätte der Arbeit und Wissenschaft. Denn alle Segelflugzeuge werden hier von den Fliegern selbst gebaut. Unter den Schülern sind viele Studenten von der Technischen Hochschule in Darmstadt. Auch sie zeigen ihr Können. Es ist ein stolzer Anblick, wie ein Mensch auf einem mit Tuch bespannten Holzgestell hoch über Berge, Wälder und Höhen hinweggleitet, ohne jede sonstige Hilfe als den Wind, der auch die Schwingen der Vögel antreibt.

Es ist fast die Erfüllung der uralten Sehnsucht der Menschen: „So frei zu sein, wie die Vögel sind.“

Der besuchteste Platz der Rhön ist ihr zweithöchster Gipfel: der Kreuzberg (931 Meter), der bereits im bayerischen Teile liegt. Die drei höchsten Kreuze auf seiner Höhe, weithin über das Land sichtbar, sind ein bekannter Wallfahrtsort für die streng katholische, sehr

# Ein unbekannter Marx-Brief

## Veröffentlicht mit Erlaubnis von Herrn Hermann Struck durch H. Daechert

Der unten wiedergegebene Brief Margens gibt einen interessanten Beitrag zur Biographie von Friedrich Engels. Die Arbeit am „Anti-Dühring“ hatte Engels auf die sogenannten „Traubeschen Zellen“ hingewiesen, die als ein Mittelglied zwischen organischer und anorganischer Natur anzusehen sind. Für sein größtes angelegtes Werk „Naturdialektik“ wollte Engels die Traubeschen Forschungen verwenden, und veranlaßte Marx, dem Traube bei seinem Karlsbader Kuraufenthalt bekannt geworden war, zu der in dem Brief ausgesprochenen Bitte. Da er offenbar Traubes Adresse nicht besaß, wandte Marx sich an eine andere Karlsbader Bekanntschaft, den Frauenarzt Professor W. A. Freund, dem er sowieso die Antwort auf einen freundlichen Brief schuldig war.

Die auf Traube bezüglichen Stellen des Anti-Dühring sind: „Vorwärts“ 25. Februar 1877, bzw. „Anti-Dühring“ Seite 73, bzw. „Marx-Engels-Archiv“ Seite 402. Die Worte am Schluß des Briefes: „mehr als bisher“ zeigen, daß Marx im Januar den Anti-Dühring schon im Druck glaubte und das im November fertige Manuskript deselben ihm schon als sehr der Vergangenheit angehörig erschien. In der „Naturdialektik“ (Marx-Engels-Archiv Seite 182) zeigt Engels eine größere Vertrautheit mit dem Traubeschen Phänomen. Die naturwissenschaftliche Beschäftigung mit den Problemen, deren philosophische Teile Engels seit sechs Jahre bearbeitete, fällt also in das Ende des Jahres 1876.

Die politischen Sätze des Briefes entsprechen genau den auch sonst bekannten revolutionären Hoffnungen, die Marx in jeden auswärtigen Krieg, insbesondere in die orientalische Krise legte. Die scharfe Ablehnung des reaktionären Richard-Wagner-Kommunis der zeitgenössischen Bourgeoisie, die in dem Brief ausgesprochen ist, ist eine der wenigen Äußerungen von Marx über die Kunst: Marx hat die Dekadenz der klassischen revolutionären bürgerlichen Kunst zur vulgären Kunst seiner Tage stets in Parallele gesehen zu der Dekadenz der klassischen Ökonomie zur vulgären Ökonomie.

Als persönliches Moment zeigt der Brief deutlich Margens Umgang mit Leuten, die ihn nur geschäftlich interessierten.

Der Brief lautet:

21. Januar 1877.

11, Raitland Park Crescent.

London, N.W.

Lieber Freund Freund!

Mein Neujahrswunsch an Sie und Ihre liebe Frau kommt leider verspätet, dank Arbeitsdrang und Halsentzündung, die ich mir

fromme Besöderung aus der Umgegend. Unterhalb davon liegt ein großes Mönchskloster, das den vorbeiziehenden Wanderern und Pilgern nicht nur seinen Segen, sondern für gutes Geld auch kräftiges, bayerisches Bier, Unterkunft und Verpflegung gewährt.

Wenn man von dort aus nach Süden absteigt, kommt man in eine mehr schwarzwaldbahnliche Landschaft. Nicht umsonst hat das Dammersfeld seinen weitverbreiteten Ruf als vorzügliches Stiegebiet.

Die Bauern in diesen Gegenden sind sehr arm. Klein und verfallen sind ihre Häuser, und selbst die Kirchtürme ragen kaum über die Dörfer weg. Über jede Wiege hat ihr eigenes Heiligenstandbild, auf den Brücken thront der heilige Nepomuk, und die christliche Kirche scheint in dieser herben Landschaft, in der sich ursprünglich das Heidentum lange erhalten hatte, jetzt desto festeren Fuß gefaßt zu haben.

Auffällig ist die unterdrückte Stellung der Frau bei den Rhönbauern. Sie muß die meiste Feldarbeit verrichten, während der Mann zu Hause sitzt und irgendwelche andere Arbeit tut, Holzschuhe schnitt, wenn er sich nicht mit dem Raschbar unterhält.

Je näher man dem Maintal kommt, desto fruchtbarer und dichter besiedelt wird das Land. Hier in der Nähe liegen die berühmten, großen Bäder Kissingen, Brückenau und Orb. Doch damit haben wir schon die eigentliche Rhön verlassen und fahren auf langen Umwegen durch fruchtbare Täler zurück.

während der letzten Tage zu Karlsbad zugezogen. Es ging mir dort wie dem Bauer Martin Lühner's, der, von einer Seite auf's Pferd gesetzt, von der andern herunterfällt.

Meine Tochter empfiehlt sich bestens Ihrer Frau und Ihnen. Sie hat unter andern eine von der hiesigen Shakespeares-Gesellschaft, deren Mitglied sie ist, gedruckte Uebersetzung von Professor Delius's „Das epische Element in Shakespeares“ veröffentlicht, die ihr jedoch große Ehren von Seiten des Herrn Delius ergattert hat. Sie bittet mich, Sie um den Namen des Anti-Shakespeareschen schwäbischen Professors und Titel seines Werkes zu erfragen, von dem Sie uns in Karlsbad sprachen. Der Ratobor der hiesigen Shakespeareschen Gesellschaft, Mr. Furnivall, will durchaus nicht auf den Gemüß dieses Opus verzichten.

Die „Orientalische Frage“ (die mit Revolution in Rußland enden wird, was immer der Ausgang des Kriegs gegen die Türken) und die Musterung der sozialdemokratischen Streikkräfte im Vaterland werden den deutschen Kulturphilosophen wohl überzeugt haben, daß es noch wichtigere Dinge in der Welt gibt als Richard Wagners Zukunftsmusik.

Mit besten Grüßen an Sie und Ihre liebe Frau

Ihr freundschaftlichster ergebener

Karl Marx

Wenn Sie zufällig Dr. Traube sehen, grüßen Sie ihn bestens von mir und erinnern ihn gefälligst, daß er mir die Zusendung der Titel seiner verschiedenen Publicationen versprochen hat. Sie wäre sehr wichtig für meinen Freund Engels, der an einem naturphilosophischen Werk arbeitet, und mehr wie es bisher geschehen, die Leistungen Traubes betonen wird.

## Pflanze „Rührmichnichtan“

Man weiß, welche differenzierte Feinfühligkeit Pflanzenwurzeln auf der Suche nach den günstigsten Lebensbedingungen beweisen, und wie geschickt die Wurzeln Hindernisse, wie sie sie etwa in Gestalt eines kleinen Steines auf ihrem Wege finden, zu umgehen verstehen. Diese Empfindlichkeit ist allen Pflanzen in mehr oder weniger hohem Grade zu eigen. Aber sie alle übertrifft in dieser Hinsicht eine Pflanze aus der Gattung der Sinnpflanzen. Es ist das die in Indien heimische „Mimosa pudica“, die wegen ihrer Ueberempfindlichkeit auch den Namen „Nolimetangere“, d. h. „Rührmichnichtan“, führt. Sie bedeckt in ihrer Stammesheimat den Boden mit einem Teppich von frischem, saftigem Grün, dessen dicke Rasendecke mit kleinen rosafarbenen Blumen übersät ist. Ein Fußgänger oder Reiter, der die Grasfläche passiert, hinterläßt hinter sich eine über einen Meter breite Furche, die sich von der Umgebung in scharfen Umrissen abzeichnet. Es sieht aus, als ob nicht ein Mensch, sondern eine ganze, in Reihen marschierende Truppe von Menschen die Vegetation zertritten hätte. Nach den Beobachtungen des Professors Louis Vapicque von der Sorbonne genügt es schon, ein Blatt oder eine kleine Ranke dieser Mimose abzureißen, um einem Menschen, der mit gebeugtem Rücken den Boden betrachtet, die verblüffende Tatsache zum Bewußtsein zu bringen, daß die grüne Fläche im größten Teil seines Gesichtsfeldes plötzlich verschwunden ist. Statt der saftigen Rasenmatte, die sich soeben noch seinen Augen bot, bemerkt er nur noch die nackte Erde, Steine, tote Blätter und Reis, die weilt und verdorrt scheinen. Kurz, die Pflanzen scheinen sich verächtigt zu haben. So merkwürdig auch das Phänomen an sich ist, so übertrieb Darwin doch, als er in dieser Sensibilität der Sinnpflanze Äußerungen der Intelligenz sehen wollte, während es sich hierbei nur um ausgesprochene Reizvorgänge rein physischer oder mechanischer Natur handelt.

## Der Nutzen der Schwalben

Die Schwalben, die zu unseren nützlichsten Hausvögeln während ihres Hierseins zählen, verdienen vor allem unseren weitestgehenden Schutz, denn es ist fast unglücklich, was sie täglich an Insekten vertilgen und uns damit eine große Plage erleichtern. In der ersten Zeit des Ristens fängt jede Schwalbe ungefähr 600 Fliegen und Mücken täglich, was im Monat die stattliche Zahl von etwa 36 000 Insekten je Schwalbepaar ergibt. Sobald später dann die Fütterung der Jungen beginnt, erhöht sich diese Zahl noch ganz bedeutend, weil die Alten nun ständig noch Futter für die Jungen ausliefern. Wird nun dieser Flug täglich 16 Stunden lang ausgeführt, so können von den beiden Tieren Tausende von Insekten eingebracht werden. Eine exakte Berechnung, die sich auf eingehende Beobachtungen gründet, ergab, daß, wenn beispielsweise fünf Junge im Nest sind, ein Schwalbepaar zur Ägung der Brut nicht weniger als 270 000 Insekten während eines einzigen Monats braucht. Die Gesamtzahl der Insekten, die die Schwalben alljährlich bei uns vertilgen, beläuft sich daher auf viele Milliarden.

Woher kommt das Wort „Kloß“? Als Kloß bezeichnet man bekanntlich einen gedekten Paullon mit einem luppelartigen Dach, das dem orientalischen Stil nicht verleugnet. Das Wort stammt demnach von dem türkischen Kuch, das mit dem persischen Kuch identisch ist. In beiden Sprachen bezeichneten das Wort, bevor es nach Europa kam, einen Paullon, der zum Schutz von Gärten und Parks bestimmt war. Am Laufe der Zeit hat sich im Ursprungsland der Sinn auch auf andere Gegenstände erstreckt, zunächst auf einen Wohnraum auf einem Kriegs- und dann Vergnügungsschiff.

# Paul Cervières: Die Heldin

„Rikette, Rono . . . beeilt dich, ich habe keine Zeit mehr! Rono, achte auf dich! Gestern mußte ich dir wieder die Manschetten waschen. Nat endlich fertig! Gehst geradeswegs in die Schule, hörst du Rikette, geradeswegs!“

Rikette, eine kleine Dame mit Stupsnäschen und roten Backen nickt heftig mit dem Päckchen. „Wir versprechens, Rama, und Rono wird nicht weinen, nicht wahr, Rono?“

„Ich weine nicht, wenn ich noch ein Kuchchen krieger!“

Die Mutter seufzt, zögert einen Augenblick und gibt dann nach. Sie geht zum Wandschrank, außer den Betten, dem Tisch und den Stühlen dem einzigen Möbelstück, und entnimmt ihm zwei Kuchchen. Eins kriegt Rikette, eins Rono.

„Dal Run aber macht, daß ihr fortkommt!“

Wie zwei dem Käse entwöhene Vögelchen toben die Kinder die Treppe hinab. Es ist ihnen ein lustiges Spiel, die fünf Treppen des großen Mietshauses herunterzuspringen, in dem sie mit der Mutter ein Zimmerchen bewohnen. Die Straße unten ist eng und schmucklos. Die Schule ist nah. Während Rikette die Schwester hinter sich herzieht, beugt sich ihre Mutter, Frau Laval, von neuem über ihre Arbeit.

Seit Sonnenaufgang sitzt sie an der Maschine vor einem Haufen Trikotwäsche. O, die Arbeit ist nicht schwer! Sie ist nur langweilig, so ermüdend, man muß gute Augen haben. Frau Laval ist noch jung, alles ginge gut ohne dies verfluchte Zittern, das sie manchmal mitten in der Arbeit überkommt: in den Schultern, die Arme entlang bis in die Fingerspitzen. Dann geht die Arbeit, der jede Minute tollbar ist, langsamer.

Warum zittert sie so? Ist sie krank? Nein. Die junge Frau gesteht sich, daß das Zittern immer kommt, wenn sie nicht genug gegessen hat. Das versteht jeder: Wenn man zwei Kinderchen hat, die gekleidet, ernährt werden müssen, wenn man für jedes Wäschestück nur fünf Pfennige bekommt . . . dann ist's hart! Doch wenn es sich nur um Rikette und Rono handelte, bräuhete sie nicht zu darben — da ist noch ihr Vater, ihr Gatte! Seit drei Monaten liegt er im Krankenhaus, er stirbt an einer vernachlässigten Infektionskrankheit und ganz plötzlich hat er ungewohnte Gefühle, wie die Reichen — Vorigen Sonntag, als sie ihm Apfelsinen und Kuchchen brachte, sagte er, die seien ihm über, er wolle Pfirsiche und Honig!

Lieber Himmel! Nur Kranke kommen auf solche Ideen! Pfirsiche! Honig! Woher soll eine arme Frau sowas nehmen?

Frau Laval hat heute schon gearbeitet! Sie rechnet aus: 45 Pfennige hat sie verdient. Wenn sie jeden Tag zehn Stunden arbeitet, kommt sie auf 4 Mark 50 täglich. Aber was hat sie auch

alles zu bezahlen: Miete, Essen, Kleinigkeiten für die Schulkinder! Und wenn es auch nur abwechselnd Kartoffeln und Reis gibt — auch das muß man bezorgen!

„Rama, ich will noch ein paar Kartoffeln, bitte!“

Frau Laval griff gerade zu, um ihren Teller zu füllen, nachdem sie abgewogen hatte, daß noch zum Abendbrot genügend übrig blieb. Jetzt hält sie inne. Sie gibt dem Kind. Ihr Teller bleibt leer.

„Warum ist du nichts, Rama?“

„Ich bin satt.“

Rikette verflucht selig den mütterlichen Teil.

„Gehen wir Sonntag zu Papa?“

„Natürlich.“

„Bringst du ihm wieder so gute Sachen?“

„Ja, Marmelade. Er will keine Kuchchen mehr.“

„Ach!“ Rikette verstummt in schweigernder Andacht. Dennoch werden sie am nächsten Sonntag von dem Kranken böse empfangen. Er erwartete Pfirsiche und Honig! Vor Grimm redet er kein Wort mit der Familie.

Von diesem Besuch kehrt Frau Laval verzweifelt heim. Sie bringt es nicht übers Herz, dem Sterbenden die letzten Wünsche zu verjagen! Sie wird noch mehr arbeiten, noch weniger essen, wenn auch das Zittern häufiger kommen wird.

Sie näht und näht, ist mal ein Häppchen, die Zeit fliegt, sie weiß nicht mehr wie spät es ist . . . das wird schon grauenhaft . . . ach! da kommt die Treppe herauf! Die Schule ist aus! Also ist's vier Uhr.

„Rama“, juchzt Rikette und stürzt wie der Wind herein. Sie schleppt Rono hinter sich her, in der freien Hand schwingt sie eine Photographie. „Sieh mal die schöne Dame, Fräulein Doktor hat sie mir geschenkt! Sie sagt, es ist eine Heldin!“

Es ist wirklich eine berühmte Schauspielerin, sie trägt ein enges Somtkstüm, es ist weit ausgeschnitten und hat eine kleine Schleppe. Frau Laval nimmt sich kaum Zeit, die Augen von der Arbeit zu heben. „Pfirsiche, Honig“, zittert die Arme, „daß ist Sonntag!“

Rikette reckt sich zum Wandbrett. Da steht neben der Uhr das Bild der Mutter. Das Photo der Schauspielerin wird daneben gestellt. Der Blick des Kindes wandert von einem Bild zum andern. Die Fremde steigt so leicht durch die Pracht, den Glanz ihres Auftretens neben der bescheidenen Frau im schwarzen Kleid, daß die Tochterliebe der Kleinen sich gezwungen fühlt, ihren Vorzug deutlich auszusprechen:

„Armes Mamacchen“, sagt sie zärtlich, „du bist keine Heldin, ich habe dich aber sehr lieb . . . trotzdem!“

(Unvollständige Uebersetzung von Ines Ellen Jacobs.)



## Subventionen für die Mächtigen.

### Not und Entrechtung für das arbeitende Volk.

Die Rotverordnung, die den breiten Massen der Bevölkerung außerordentlich hohe neue Lasten auferlegt, die ferner einen rigorosen Abbau der jetzt schon dürftigsten Unterstützungen für die Opfer der Krise, die Millionenarmee der Arbeitslosen vorsieht, verteilt im gleichen Zuge freigebig Geschenke an die einflussreichsten Wirtschaftszweige: Sonderzuwendungen an die Schwerindustrie, Liebesgaben für Bergbau und Chemie aus der Richtbesteuerung der inländischen Treibstoffe, Abdrosselung von Einfuhren an Düngemitteln zugunsten der Stickstoffindustrie, Steigerung der Rente des Hausbesitzes. Man wird schwerlich behaupten können, daß zur „Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ die Verteilung von Subventionen an die einzelnen Wirtschaftszweige, die Hunderte von Millionen Mark kosten, notwendig sind.

#### Die neue Subventionsära hat ihre politische Vorgeschichte.

Es ist bekannt, daß der Reichsfinanzminister Dietrich auf das Drängen einflussreicher Industriezweige schon vor einiger Zeit ebenso phantastische wie wirtschaftsschädliche Subventionspläne propagierte, die aber in der Öffentlichkeit wie in den Kreisen des Reichskabinetts gleichmäßig schroffe Ablehnung fanden. Daß Herr Dietrich trotzdem — „unter der Hand“ — Subventionen gegen Steuererleichterung vergibt, darauf haben wir jüngst unter Hinweis auf die Befreiung der Seeschiffahrt von der Industrieumlage aufmerksam gemacht.

In den letzten beiden Wochen vor Erlass der Rotverordnung hat nun ein verstärkter Druck der Großindustrie, insbesondere der rheinisch-westfälischen Industrie, auf die Reichsregierung eingewirkt. Die Forderung nach „Umbelegungen, nach einem wirtschaftlichen Generalstab“, einem Direktorium aus Wirtschaftsführern wurden laut. Auf der Tagung des Langnamvereins wurden offene Drohungen gegen die Regierung ausgesprochen. Die sozialreaktionärsten Männer Deutschlands, zugleich aber auch Deutschlands Großverdiener forderten, daß „wir uns wieder emporhangeln müßten“, Herr Thyssen sprach drohend davon, daß die Industrie sich eine weitere „Nebenregierung der Gewerkschaften“ nicht werde gefallen lassen; wahrlich ein Gipfel von Heuchelei und Schamlosigkeit bei einer Gruppe, die selbst Nebenregierung ist und heute schon mit den rückständigsten Mitteln der Regierung ihren Willen aufzwingen will.

Zur Beschwichtigung dieser Kreise ist offenbar das Bündel von Subventionen in die Rotverordnung aufgenommen worden. Daß jetzt die Industrieorganisationen gegen diese Subventionierung Stellung nehmen, besagt nichts. Die Unternehmer klagten, ohne zu leiden, und sie schimpfen auch dann noch, wenn sie nehmen, denn sie müssen ja gegen Staatseingriffe protestieren und die Wiederherstellung der freien Wirtschaft fordern. So finden sich in der Rotverordnung Subventionen, bei denen

#### nicht einmal der Versuch einer Begründung oder Bemäntelung gemacht

wird. Die **Möcherhöhung** der inländischen Ausgleichsabgabe für Treibstoffe bedeutet ein glattes Geschenk in Höhe von 35 bis 40 Millionen für die inländischen Erzeuger von Treibstoffen, von dem an den Bergbau etwa 25 Millionen abfallen. Den Rest teilen sich die IG-Farben und die deutsche Erdölindustrie etwa zu gleichen Teilen. Für die Einführung enormer Schutzzölle zugunsten der deutschen Benzolgewinnung ist auch nicht der geringste wirtschaftliche Grund zu sehen. Die deutschen Benzolgewinner, d. h. praktisch die Ruhrzechen, haben schon bisher einen etwa 20prozentigen Zollsatz, der jetzt verdoppelt wird. Dabei wurden für Benzol in Deutschland wesentlich höhere Preise als für Benzin erteilt, während im Ausland das gegenteilige Verhältnis besteht. Für inländisches Benzin (Leunabenzin und Benzin aus deutschem Erdöl) wird in Zukunft ein Zollsatz bestehen, der mehr als das Doppelte der gegenwärtigen Weltmarktpreise beträgt. Von „Erziehungszoll“ keine Rede mehr!

Die **Ermächtigung zur beliebigen Einfuhrregelung für Düngemittel** ist ebenfalls unbedeutend. Deutschland als der größte Exporteur von Düngemitteln (die deutsche Stickstoffausfuhr ist wertmäßig etwa siebenmal so groß wie die Einfuhr) müßte sich hier für den Zollabbau einsehen. Trotzdem wird in dieser Rotverordnung zur „Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ eine Ermächtigung zur Einfuhr von Düngemittelzöllen oder gar von Einfuhrverboten erteilt. (!)

Heber die in die Rotverordnung eingeschmuggelte enorme **Erhöhung der Hausbesitzerrente** ist hier schon der nachdrücklichste Protest erhoben worden. Wenn die Regierung nicht selbst ein Instrument von Interessentenhausen heißen will, müssen diese unsauberen Begünstigungen unverzüglich aus der Rotverordnung verschwinden.

Bei den Subventionen aus dem Krisenfonds versucht man anstandslos noch eine Motivierung zu geben. Sie sollen

#### angewandt werden zur Arbeitsbeschaffung, der „Anfurbelung“ der Wirtschaft.

dienen. Bei dieser Art der Arbeitsbeschaffung wird aber kein zusätzliches Kapital der Wirtschaft zugeführt, sondern nur die Nachfrage verlagert. Man entzieht mittels der Krisensteuer der Arbeitnehmererschaft einen weiteren Teil ihrer Kaufkraft, den Neubestellungen der subventionierten Industrien steht also ein Abfahrtsrückgang bei den Verbrauchsindustrien gegenüber.

Nun ließe sich ein derartiges Verfahren noch rechtfertigen, wenn man durch konzentrierten Einsatz von Mitteln einen besonders gefährlichen Krisenherd beseitigen könnte. Hauptnutznießer des Krisenfonds sind die Hüttenindustrie und der Bergbau. Es ist ohne weiteres zuzugeden, daß in diesen Industrien besonders starke Produktionseinschränkungen eingetreten sind, sind doch allein seit 1½ Jahren im Ruhrgebiet rund 200 000 Berg- und Hüttenarbeiter zur Entlassung gekommen. Aber die Zuwendungen aus dem Krisenfonds wirken nicht einmal fühlbar in dieser Richtung, die Schwerindustrie hat bereits gesagt, daß für die Reichsbahnabrufe an Oberbaumaterial keine Einstellungen nicht in Frage kommen. Ob die vorgesehene Kohlensubvention zur Mehrbeschäftigung von Bergarbeitern führt, bleibt gleichfalls fraglich.

Die Aktion zugunsten der Schwerindustrie scheint schon weitgehend vorgeschritten, dagegen ist für den Erlass der Arbeitslosenbeiträge nur eine Ermächtigung gegeben. Wir glauben, daß es für die Reichsbahn möglich sein müßte, die Verlegung

des Schienenmaterials auch aus eigener finanzieller Kraft durchzuführen.

#### die Subventionierung des Kohlenbergbaues muß unter allen Umständen fallen.

Hier handelt es sich um große Summen. Die „Bergwerks-Zeitung“ hat selber erwähnt, daß der Erlass der Arbeitslosenbeiträge für den Ruhrbergbau monatlich 2 Millionen M. bei seiner jetzigen aufs stärkste gedrosselten Förderung ausmacht; für den gesamten Steinkohlenbergbau würde also die Subvention 35 bis 40 Millionen M. im Jahr betragen.

Die ungünstige Lage des Bergbaues ist in erster Reihe nicht allein auf den inländischen Verbrauchsrückgang, sondern auch in hohem Maße auf die verlustbringenden Ausfuhrgeschäfte, also auf den internationalen Kohlenkampf zurückzuführen. Die deutschen Zechenherren tun von sich aus nichts zur Liquidation dieses verlustreichen Kampfes um die Märkte. In Genf wird gegenüber der angestrebten Angleichung der Arbeitsbedingungen im Bergbau Obstruktion getrieben; an eine ernsthafte Verständigung mit den wichtigsten Kohlenländern wird nicht gedacht und die Kosten dieses Kampfes werden aus der Ueberhöhung der Infondspreise im unbeschränkten Gebiet, also auf dem Rücken der deutschen Abnehmerindustrien und der Verbraucherschaft finanziert.

## Die Diskonterhöhung.

### Wien und Budapest folgen. — Die Privatbanken vergrößern ihre Zinsspanne.

Soweit man übersehen kann, hatte die Diskonterhöhung der Reichsbank um 2 Proz. besonders im Auslande die gewollte günstige Wirkung. Freilich haben dazu auch die der ausländischen Presse und den ausländischen Bankhäusern — spät, aber doch — von den verschiedensten Seiten gegebenen Aufklärungen über die in der Tat nicht mehr als früher beunruhigende wirtschaftliche Lage in Deutschland beigetragen. Die Devisenanforderungen bei der Reichsbank haben ziemlich erheblich nachgelassen und man kann erwarten, daß die auch in den Vereinigten Staaten jetzt einsetzende Beruhigungsaktion die Kündigung von Krediten weiter verringern wird. Die größte Aufmerksamkeit wird allerdings nach wie vor jeden Devisenanforderungen zuzuwenden sein, die aus dem Inland kommen und von denen man annehmen darf, daß sie auch zu innerpolitischen Störungszwecken angemeldet werden. Auch auf den deutschen Börsen ist die Lage beruhigt; von überall wurden gestern Kurssteigerungen gemeldet.

In den deutschen Bankzinsen hat die Diskonterhöhung, die ja eine allgemeine Kreditverteuerung darstellt, inzwischen schon mehr oder weniger entsprechenden Ausdruck gefunden. Man macht dabei allerdings die Beobachtung, daß Privatbanken, öffentliche Banken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken ganz verschieden vorgehen.

Die Banken der Berliner Stempelvereinigung haben für ausgeliehene Gelder die Zinsfüße um volle 2 Proz., für hereingenommene Gelder aber nur um 1½ Proz. erhöht, bei eigentlichen Spargeldern den Zinsfuß von 4 Proz. überhaupt unverändert gelassen. Die Diskonterhöhung wird hier also zur Vergrößerung der Zinsspanne und zur Erhöhung des Bankenprofits ausgenutzt, was die schädliche Wirkung der Diskonterhöhung noch verschärfen muß.

Die Preussische Staatsbank hat für ausgeliehene und für angelegene Gelder in gleicher Weise um 2 Proz. erhöht (ausgenommen tägliche Gelder). Die Preussische Staatsbank ist in erster Linie auf dem Geldmarkt tätig; sie hat keine Bereicherung versucht.

Bei den Sparkassen besteht die Auffassung, daß man den Einlagenzinsfuß bis auf weiteres deshalb unverändert lassen soll, weil es außenwirtschaftliche und möglicherweise bald vorübergehende Ursachen sind, die zur Diskonterhöhung geführt haben. Wir glauben nicht, daß dieser Standpunkt haltbar ist, denn für die ausgeliehenen Gelder wird man den Zinsfuß wohl kaum unverändert lassen. Jedenfalls werden die Sparkassen, bei denen es ja keine zentrale Zinsregelung gibt, sich gegen die bei unveränderten Sparzinsen bestehende Gefahr der Abwanderung sichern müssen.

Eine sehr interessante und volkswirtschaftlich richtige Maßnahme hat die Preussische Zentralgenossenschaftskasse getroffen, die die an die Genossenschaften weitergegebenen Kredite nur um 1½ Proz. verteuert, gleichzeitig die vermittelnden Zentralstellen verpflichtet, die Differenz von ½ Proz. vollkommen den Genossenschaften zugute kommen zu lassen und zugleich die Einlagezinsen sogar um 2 Proz. steigert. Die Preussenkasse beweist damit, daß ihr der eigene Profit tatsächlich weniger hoch steht als der wirksame Dienst für die Landwirtschaft und daß sie die kritische Zeit der Kreditverteuerung zur Einlagenwerbung auszunutzen versteht.

Bei den mit der Deutschen Reichsbank und mit den deutschen Banken zusammenarbeitenden zentraleuropäischen Ländern hat die deutsche Diskonterhöhung ebenfalls Kreditverteuerungen nach sich gezogen. Die Oesterreichische Nationalbank hat gestern den Zinsfuß von 6 auf 7½ Proz. erhöht, nachdem sie gelegentlich des Wiener Banktrahs schon eine Steigerung von 5 auf 6 Proz. vorgenommen hatte. Die Ungarische Nationalbank hat gestern beschloffen, den Diskontsatz von 5½ auf 7 Proz. heraufzusetzen.

## 25 Proz. mehr Weizenanbau.

### Preussische Anbaustatistik zeigt 1931 große Verschiebungen.

Die vom preussischen Statistischen Amt im Mai durchgeführte Anbauflächenerhebung ist zu 99,5 Proz. der landwirtschaftlich genutzten Fläche abgeschlossen. Die Ergebnisse zeigen gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres sehr starke Verschiebungen beim Anbau der Körnerfrüchte. Bei Winter- und Sommerweizen zusammengerechnet ergibt sich eine Vermehrung der Anbaufläche von 1,02 auf 1,28 Millionen Hektar, was einer Zunahme von 25,5 Proz. entspricht! Bei Winter- und Sommerroggen erfolgte ein Rückgang der Anbaufläche von 3,52 auf 3,25 Mil-

lionen Hektar oder um 6,8 Proz. Bei Winter- und Sommergerste ergab sich eine Steigerung von 0,77 auf 0,84 Millionen Hektar oder um 9,2 Proz. Die angebaute Haferfläche ist von 2,29 auf 2,24 Millionen Hektar oder um 2,5 Proz. nur leicht zurückgegangen. Bei Winterweizen (Zunahme um 0,18 auf 1,09 Millionen Hektar) zeigt sich die stärkste Zunahme des Anbaus in den Provinzen Grenzmark Posen-Westpreußen (55,9 Proz.), Pommern (51,6 Proz.), Schleswig-Holstein (40,1 Proz.), Ostpreußen (33,5 Proz.) und Brandenburg (33,2 Proz.). Der größte Rückgang der Winterroggenanbaufläche (um 250 000 Hektar oder 7,2 Proz. für ganz Preußen) erfolgte in der Rheinprovinz (16,4 Prozent), in der Provinz Sachsen (9,6 Proz.) und in Hessen-Rhassau (9,1 Proz.).

Ran wird bei diesen Ziffern berücksichtigen müssen, daß Roggen im Westen, Weizen aber im Osten wenig angebaut wird, so daß bei dem Prozentverhältnis die absoluten Ziffern zu berücksichtigen wären. Aber auch die Erhebung für 1931 zeigt, daß die Umstellung besonders im Osten viel stärker erfolgt sein kann, als das bisher angenommen wurde. Für die Agrarpolitik sind diese Wandlungen von weittragender Bedeutung.

## 200 Mill. Mehrausfuhr.

### Demnach schlechte Entwicklung des Außenhandels.

Die Außenhandelsziffern für Mai zeigen sowohl bei der Einfuhr wie bei der Ausfuhr gegenüber April einen Rückgang. Die Einfuhr wird für Mai mit 600 Mill. M. ausgewiesen, tatsächlich betrug sie aber nur 585 Mill. M., da 15 Mill. M. auf nachträgliche Abrechnungen aus den Vormonaten zu setzen sind. Gegenüber April ist die Einfuhr um 70 Mill. M. zurückgegangen. Allerdings ist nur etwa die Hälfte dieses Betrages als tatsächlicher Rückgang zu werten; denn ein Viertel des Rückganges erklärt sich durch Preisentkungen, ein weiteres Viertel ist als saisonüblicher Rückgang anzusehen.

Außenhandel im Mai (in Millionen Mark)

Warengruppen	Einfuhr	Ausfuhr ohne Reparations-Cochlieferungen	Reparations-Cochlieferungen
1. Lebende Tiere . . .	4,9	6,5	0,1
2. Lebensmittel u. Getränke . . .	171,6	29,3	0,4
3. Rohstoffe und halbfertige Waren . . .	310,7	141,1	13,3
4. Fertige Waren . . .	112,7	569,9	27,9
Zusammen 1-4 . . .	599,9	746,7	51,7
5. Gold und Silber . . .	29,4	2,6	—

Der Hauptteil des Einfuhrrückganges entfällt auf die Gruppe Rohstoffe (57 Mill. M.). Das zeigt, daß in der industriellen Beschäftigung noch keinerlei Besserung eingetreten ist. Wichtig ist vor allem der Rückgang bei Textilrohstoffen. Während im April sowohl bei Wolle wie bei Baumwolle bei steigenden Preisen eine nicht unbeträchtliche Einfuhrsteigerung festgestellt wurde, ist im Mai — bei wieder sinkenden Preisen — die Einfuhr um insgesamt 23 Mill. M. gegenüber April zurückgegangen. Geringer war auch die Einfuhr von Getreidfrüchten und Getreidemehl; allerdings ging der Rückgang nicht über das saisonbedingte Maß hinaus.

Die Ausfuhr ist von 780 Mill. M. im April auf 747 Mill. M. im Mai, also um 33 Mill. M., zurückgegangen. Dazu kommen Reparationsfachlieferungen in Höhe von 37 (April 38) Mill. M.

Der Ausfuhrückgang entfällt mit 27 Mill. M. auf die Gruppe Fertigwaren. Auch davon ist ein Teil auf Preisrückgänge zurückzuführen, da der Preisindex des Statistischen Reichsamts von 84,3 im April auf 83,0 im Mai (1928 = 100) zurückgegangen ist. Daß die Ausfuhr von Wasserfahrzeugen um 10 Mill. M. niedriger war als im Vormonat, muß als Zufall gewertet werden. Aber der Ausfuhrückgang von Textilfertigwaren um 8,1 Mill. M. ist als wirklicher Rückgang anzusehen. Die Ausfuhr von Eisenwaren (Röhren, Walzen, Draht) ist etwas gestiegen.

Wenn also der Ausfuhrüberschuß einschließlich der Reparationsfachlieferungen von 164 Mill. M. im April auf 200 Mill. M. im Mai gestiegen ist, so bietet doch die Entwicklung der Außenhandelsziffern kein erfreuliches Bild.

**Starke Verluste der Bing-Wecke, Nürnberg.** Der Abschluß der Bing-Wecke vorm. Gebrüder Bing & Co., Nürnberg, weist für 1930 einen Verlust von 2,48 Millionen Mark aus, so daß sich der Gesamtverlust auf 2,76 Millionen Mark erhöht (Aktienkapital 10 Millionen Mark). Die Verluste werden von der Verwaltung des Unternehmens, das Spielzeug und Haus- und Küchengeräte herstellt, auf die Absatzkrise zurückgeführt. Aber auch bei den Beteiligungen sind große Verluste eingetreten, so daß auf diese Sonderabschreibungen in Höhe von 0,5 Millionen Mark (außerdem Abschreibungen auf Anlagen von 0,6 Millionen Mark) vorgenommen werden mußten.



